

Bezugspreis:

Einzelheft 10.- M., monatl. 30.- M.,
frei ins Haus, voranzahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M., ein-
zelheft 10.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Bessarabien 30.- M., für
das übrige Ausland 35.- M. Post-
bestellungen nehmen an: Deutsche
Lithographie-Verlagsgesellschaft, Mün-
chen, Holtenauerstr. 10.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdkunde und Reiseposten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 14. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilige Konkrete Anzeige
kostet 50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 150 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Schließelanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
gählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Hg. 1.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Schließel-
anzeigen 2 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Vor Abschluß des Reparationsabkommens.

Paris, 13. Juli. (WTB.) Die deutschen und die französischen Vertreter, die in Paris über die Sachlieferungen verhandeln, haben heute in einer Vollversammlung Beratungen fortgesetzt und vorläufig zu Ende geführt. Eine Anzahl von Einzelpunkten bleibt noch zu lösen, sie sollen durch Staatssekretär Bergmann und Dr. Guggenheimer weitergeführt werden. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit unter Zustimmung der Reparationskommission ein Abkommen zustande kommt.

Das zwischen den Sachverständigen der Reparationskommission und dem Reichsstatistikamt vereinbarte Programm für die Lieferung der deutschen Kohle im August ist von der Reparationskommission genehmigt worden. Die Lieferungen belaufen sich für August auf 2.200.000 Tonnen.

Das zwischen Italien und Deutschland getroffene Abkommen, demzufolge für gewisse Gegenstände, deren Restitutions im eigentlichen Sinne des Wortes der Friedensvertrag vorsieht, von Deutschland nur einfach Ersatz geleistet werden soll, ist heute nachmittag von der Reparationskommission gutgeheißen worden.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

London, 13. Juli. (WTB.) Reuter meldet aus Washington, es verlautet, daß von allen Mächten günstige Antworten eingetroffen seien, an die die Vereinigten Staaten ihren Vorschlag betreffs einer Abrüstungskonferenz gerichtet haben. Die amerikanische Regierung hat nichts dagegen, daß noch andere Nationen an der Konferenz teilnehmen, falls es für wünschenswert gehalten werde. „Evening Standard“ versichert, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Deutschland und Rußland auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein werden.

An der Möglichkeit der Standard-Meldung muß gezweifelt werden. Gerade die Vereinigten Staaten zeigen einer Anerkennung der Sowjetregierung den stärksten Widerstand entgegen. Die Zulassung von Sowjetvertretern zu der Konferenz würde aber eine Anerkennung Sowjetrusslands voraussetzen. Deutschland steht bekanntlich mit den Vereinigten Staaten noch immer auf „Kriegsfuß“. Auch dieser Zustand müßte vor einer Teilnahme Deutschlands an der Washingtoner Konferenz aus der Welt geschafft werden. Immerhin könnten wir in Washington wertvolle Anregungen geben, denn wir haben ja Erfahrung in der Abrüstungsfrage.

Paris, 13. Juli. (WTB.) Wie der „Temps“ mitteilt, ist mit Rücksicht auf die Einladung des Präsidenten Harding zu einer Abrüstungskonferenz die für den 16. Juli in Paris beabsichtigte Tagung der gemischten Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen abgesetzt worden.

Reinemachen in Oberschlesien?

Nach einer B.S.-Meldung werden außer Le Rond und Le Comte Denis vier weitere hohe französische Vertreter Oberschlesien verlassen. An ihre Stelle sollen englische Offiziere treten. Die Engländer haben in den Kreisen Kattowitz und Beuthen mit einer großen Säuberungsaktion begonnen, die sich vor allem (und das war unbedingt notwendig) auf das Land erstreckt. Korfantys Hauptquartier in Schoppinow wird unter englischer Aufsicht aufgestellt. Korfantys selbst hat sich zur polnischen Regierung begeben (die ihn feierlich als Insurgenten abschüttelte), da die englischen Vertreter es ablehnten, mit ihm in Verbindung zu treten. Die Engländer sollen sehr energisch darauf bestehen, in ihrer Säuberungsaktion von keiner Seite gestört zu werden.

Die Möglichkeit dieser Maßnahmen vorausgesetzt, könnte die englische Aktion zu jener Reinigung der politischen Atmosphäre führen, die es Oberschlesien wieder ermöglicht, seinen Kulturpflichten nachzukommen. Es ist möglich, daß man das, was in Oberschlesien in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, in Polen und Frankreich nicht so empfand wie in Deutschland. Wir jedenfalls sehen darin eine Kulturkatastrophe, die einen würdigen Nachklang des Weltkrieges bildete. Vielleicht hat man in England mehr Verständnis für diese Gefühle. Dort ist man im Begriff, einen alten Streit zu begraben und zu den Methoden zurückzukehren, bei denen das Wort und die Vernunft mehr gelten als die Gewalt. Wir wünschen der ober-schlesischen Frage eine ähnliche Lösung. Intrigen und Gewalttaten werden Oberschlesien die notwendige Ruhe nicht geben. Es wäre gut, wenn sich Lloyd George an sein Wort erinnerte, das er gab, als er uns den schweren Griff der Unterzeichnung des Ultimatums erschlacken wollte. Dann käme man jenseits aller Künsteleien einer Soziallinie zu einer dauernden Lösung der unglücklichen Frage. Ueber die Stimmung der ober-schlesischen Bevölkerung und ihre Begeisterung für die Sache Korfantys unterrichten die englischen Zeitungen zur Genüge.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“, der in einer großen Zahl objektiver Artikel über Oberschlesien berichtet hat, schließt seine Artikelserie mit einem Ausblick, dem wir folgendes entnehmen:

„Die ober-schlesische Arbeiterklasse ist aufs tiefste enttäuscht und die Bewegung für eine unabhängige ober-schlesische Republik ist ständig im Wachsen. Es ist besonders beachtenswert, daß die polnischen und deutschen Arbeiter wieder zusammen-

kommen und gemeinsame Versammlungen veranstalten. Die Massen verlassen Korfantys, und es ist möglich, daß er, wenn er sie wieder zu den Waffen ruft, nur einen schwachen Widerstand finden wird. Er ist jetzt in einer schwierigen Lage. Entweder muß er seine propolnische Agitation fortsetzen, in welchem Fall er die Unterstützung der Massen verlieren wird, oder er muß sich der radikalen und beinahe revolutionären Bewegung für die ober-schlesische Unabhängigkeit anschließen, was ihm die Unterstützung Polens kosten würde.

Die Stellung der polnischen Regierung scheint sich ebenfalls zu ändern. Es scheint sich aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens ein Sinn für wirtschaftliche Wirklichkeiten auf Kosten militärischer Träume zu entwickeln. Mit dem Ergebnis, daß die Polen ein wachsendes Interesse für ein industrielles Zusammenarbeiten mit Deutschland und ein abnehmendes Interesse für ein militärisches Zusammenarbeiten mit Frankreich zeigen. Jedoch wechselt die polnische Politik von Tag zu Tag in verblüffender Weise.

Während sich der polnische Nationalismus in Oberschlesien in eine radikale Bewegung für ein unabhängiges Oberschlesien auflöst, bleiben die deutschgefinnten Oberschlesier geschlossen nationalitätstreu.

Verschiedenes ist notwendig, um den bevorstehenden unangenehmen Möglichkeiten zu begegnen. Erstens müssen die englischen Truppen im Industriegebiet bleiben. Die radikale Arbeiterklasse, die in einem sehr gereizten Zustand ist, darf nicht provoziert werden. Korfantys muß aus Oberschlesien ausgewiesen werden, da er für den größten Teil des angestifteten Unfugs persönlich verantwortlich ist. Das Kabinett Wirth muß man jede Ermüdung geben, denn es ist die beste Gewähr für die friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands. Schließlich muß der Oberste Rat der Ungewissheit ein rasches Ende bereiten, die aus Oberschlesien einen Hergentzettel nationalstiller Gehässigkeiten gemacht hat.

Woh dem, der — die Wahrheit sagt.

Beuthen, 13. Juli. (WTB.) Gegen den Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Zwölfer-Ausschuß, Cyrus, ist von der Interalliierten Kommission wegen seines offenen Briefes an die Interalliierte Kommission betr. die Beuthener Vorfälle, während welcher der französische Major Montalegre erschossen wurde, ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Wie vom Kattowitzer Polizeipräsident mitgeteilt wird, erhielten 68 Polizeibeamte einen Ausweisungsbefehl der Interalliierten Kommission. Die Beamten haben bis zum 15. Juli das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Ein erheblicher Teil von ihnen ist in Oberschlesien geboren.

Moskau neue Linie.

Tierkoll, 13. Juli. (DE.) Auf dem Moskauer Kongress ist die Beratung über die Taktik der Kommunistischen Internationale jetzt zu Ende geführt. Hierbei haben die gemäßigten Elemente die Oberhand gewonnen. Diese beschuldigten die Linksextremen einer unnötigen Zersplitterung der Kräfte. In leitenden Kreisen der Kommunistischen Internationale ist nunmehr argwöhnisch der Verzögerung der Weltrevolution beschloffen worden, die Parteitätigkeit hauptsächlich auf die Propaganda und die Organisation neuer kommunistischer Zellen zu konzentrieren. Bewaffnete Aufstände seien als Kampfmittel nur in besonderen Fällen zulässig.

Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei hat für die Zeit vom 1. August bis zum 1. Oktober d.J. eine Prüfung des Parteibestandes durch besondere aus alten Parteigenossen gebildete Ausschüsse angeordnet. Der Moskauer „Pravda“ zufolge sollen durch die Säuberungsaktion die Kleinbürgerlichen, bürokratischen, gewinnfüchtigen und schwankenden Elemente aus der Partei ausgeschlossen werden, die das Bild der Partei in immer wachsendem Maße trüben. Man müsse der Partei den Charakter einer Arbeiterpartei erhalten. Die Verminderung der Mitgliederzahl werde durch den festeren Zusammenschluß reichlich ausgeglichen werden.

Der in Moskau tagende Internationale Gewerkschaftskongress verläuft unter reger Beteiligung zahlreicher hervorragender Delegierten der Kommunistischen Internationale. Die ausländischen Redner verweisen dabei auf die Schwierigkeiten des kommunistischen Gewerkschaftskampfes angesichts der Sympathien, welche die Massen für die Amsterdamer Richtung hegen. Bucharin, Sosnowski, Könen und Kosmer betonen die Notwendigkeit, die kommunistischen Gewerkschaften von den kompromittierten Elementen zu säubern; hierdurch würde der Kampf sich zwar verzögern, doch sei ein anderer Weg nicht möglich.

Kommunismus?

Helsingfors, 13. Juli. (EP.) Die Sowjetregierung hat ein Dekret erlassen, in dem alle Verbote gegen Privatvermögen wieder aufgehoben werden. Es ist nun wieder jedem Bürger in Rußland gestattet, soviel Geld zu besitzen, wie er kann und will. Es ist erlaubt, jeden Betrag in die nationalisierten Banken einzuzahlen, und die Behörden können nicht ohne gerichtliches Verfahren und Urteil derartige Gelder beschlagnahmen.

Ein Buch über Sozialismus.

Genosse Heinrich Ströbel hat soeben im Firmverlag ein tapferes, zukunftsreiches Buch erscheinen lassen: „Die Sozialisierung. Ihre Wege und Voraussetzungen.“

In den 236 Seiten dieses Buches steckt eine gewaltige Arbeit, ein ganz ungeheures Material ist darin zusammengepreßt. Es ist ein Handbuch jenes Sozialismus, der die Welt nicht nur interpretieren, sondern sie verändern will. Die sonst üblich gewesene Spekulation über Entwicklungstendenzen und Hineinwachen in den Sozialismus wird abgelöst durch die streng sachliche Darstellung aller bisher gedachten oder gemachten Versuche, sozialistische Grundgedanken in der Wirtschaft durch bewußte Tat zu verwirklichen. Die kommunistischen Experimente der Utopisten, Cabot und Owen, finden ebenso Berücksichtigung, wie der gigantische Versuch des russischen Bolschewismus, mit beiden Füßen zugleich in eine ganz neue Welt hineinzuspringen, die ungarische Diktaturepisode wird in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung ausführlich gewürdigt, aber auch der Wiffell-Roellendörfchen-Planwirtschaft, den Sozialisierungsvorschlägen Hortens, dem englischen Gildensozialismus werden besondere Kapitel gewidmet. Die Sozialisierung des Bergbaues nimmt in der Gesamtdarstellung einen breiten Raum ein, die Verhandlungen der Sozialisierungskommission sind mit großem Fleiß und tiefer Durchdringung des Stoffes verarbeitet. Das Buch, das eine überaus spannende Lektüre bietet, wird später auch als ausgezeichnetes Nachschlagewerk zu gebrauchen sein, wenn seiner hoffentlich bald zu erwartenden zweiten Auflage ein Namen- und Sachregister beigegeben wird.

Schon die kurze Uebersicht über den vielgestaltigen Inhalt des Buches läßt vermuten, daß Ströbel nicht als Hymnen-sänger eines kommenden goldenen Zeitalters, sondern als Kritiker auftritt. Er weiß, daß das Werden des Sozialismus kein selbige Hineintaumeln in eine neue Welt ist, und daß das große Problem mit der Eroberung der politischen Macht noch nicht gelöst ist, sondern erst beginnt. Die Erfahrungen Sowjet-Rußlands und Sowjet-Ungarns, die er in reich dokumentierter Darstellung zu plastischen Bildern formt, haben ihm gezeigt, daß Mechanisierung und Schablonisierung in jede sozialistische Arbeit den Todeskeim trägt:

Der rasche Zusammenbruch der ungarischen Räteherrschaft war scheinbar die Folge ihres militärischen Zusammenbruchs. Aber diese äußere Niederlage war in sehr hohem Grade auf die chaotischen Zustände zurückzuführen, in die das bolschewistische Experiment Ungarn geführt hatte. Die nationalbolschewistische und kommunistische Begeisterung war rasch verdampt, selbst in Arbeiterkreisen war „statt des revolutionären Glanzes eine Kagenjammerstimmung eingezogen“. Eine Wirtschaftsumwälzung ist nun einmal keine Schachaufgabe, deren Züge sich glatt berechnen lassen. Die Klassen sind keine Figuren, die sich hin- und herschieben lassen, sondern summierte Individuen mit Bedürfnissen, Leidenschaften, Schwächen, Vorurteilen, kurz mit einem eigenartigen widerstrebigen Eigenleben, das sich in kein Revolutions- und Organisationschema pressen läßt. Räte-Ungarn hat das erfahren, und Sowjet-Rußland wird sich nicht minder zur Anerkennung dieser soziologischen Tatsache bequemen müssen.

Findet Ströbel in den bolschewistischen Experimenten zu viel Taten ohne Ueberlegung, so findet er umgekehrt im Verlauf der deutschen Revolution zu viel Ueberlegung ohne Taten. Ströbel ist aber nicht blind für die Ursachen dieser deutschen Bedenlichkeit, wie es ihm überhaupt viel mehr darauf ankommt, zu erklären als zu verurteilen. Er erinnert an prophetische Worte Kautskys über die Schwierigkeiten der sozialistischen Arbeit nach einem großen Krieg. Hinzuzufügen ist, daß die Erscheinungsformen, die der russische Bolschewismus angenommen hatte, absprechend und auf jede sozialistische Aktivität lähmend wirken mußten. Die Sorge, durch ein Uebermaß bedenkenlosen Eifers die Sache des Sozialismus dauernd zu diskreditieren, wurde infolgedessen stärker als der Wunsch und die Zuversicht, durch tiefgreifende Taten die Lebensfähigkeit und Nützlichkeit sozialistischer Wirtschaftsgrundlagen erweisen zu können. Die Erzeugung dieser abschreckenden Wirkung gehört nicht zu den geringsten Sünden des Bolschewistentreibens am westeuropäischen Sozialismus.

Der Pessimismus und Fatalismus, der sich in der sozialistischen Bewegung Deutschlands zeitweilig fühlbar macht, hat also seine tiefen psychologischen Ursachen. Das hindert Ströbel nicht, ihn mit guten Gründen zu bekämpfen. Er wendet sich gegen jedes kommunistische „Diktaturgebrüll“, gegen die Drohung mit der Bergewaltigung, die gerade jene Volkskreise abstoßt, welche das sozialistische Proletariat als Helfer bei seiner Arbeit dringend braucht. Er sieht die technische Möglichkeit und, vom Standpunkt des Gesamtinteresses aus die ökonomische Notwendigkeit der Sozialisierung, speziell der Bergesellschaftung von Kohle, Eisen und Stahl gegeben, er vermehrt nur in der Volksmehrheit die Einsicht, daß solche Sozialisierungsmaßnahmen unerlässlich sind, weil sie dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Ströbel predigt „weniger Routine, weniger Fatalismus, mehr Initiative, mehr Glaube an sich und die Sache“.

Nach ist es Zeit, Versäumtes nachzuholen. Nach ist es Zeit zur Sammlung, zur Orientierung, Steigerung und Befestigung des Kampfes zur Sozialisierung. Die Macht des Kapitalismus ist wahrlich riesengroß geworden, und sie wird noch stärker werden, wenn er sich trotz aller imperialistischen Rivalitäten erst wieder zur geschlossenen Einheit gegenüber dem Proletariat international zusammengefunden haben wird. Aber wenn die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und Genossenschaften, zumal auf internationaler Basis, ihre geistigen und materiellen Kräfte auch erst einmal zur einheitlichen planvollen Dauerkampftätigkeit zusammenfassen wollten, könnten sie den Kampf um die Gewinnung der Volksmehrheit, auf die alles ankommt, mit voller Zuversicht aufnehmen?

So ist Ströbels Buch zum Schluß auf einen vorwiegend, propagandistischen Ton gestimmt. Der Skeptiker freilich, der sich in jedem rechten Sozialisten gelegentlich regt, fügt hinzu: Es kommt nicht nur darauf an, die Volksmehrheit zu gewinnen, sondern auch sie dauernd für sich zu haben, und das kann man nur, wenn man nicht mehr verspricht, als was man halten kann, wenn man auf praktische Erfolge hinweisen kann, wenn man imstande ist, die Massen dauernd mit Freude und Begeisterung an der sozialistischen Aufbauarbeit zu erfüllen. Dazu gehört ein festumrissenes wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm mit klaren Zielen und Ausblicken auf das Beste, Ganze.

Es gehört dazu, daß man genau unterscheiden lernt zwischen Dingen, die man tun kann und solchen, die man der Zeit überlassen muß, nur in einer solchen Unterscheidung, über die die Meinungen noch vielfach schwanken, liegt die Möglichkeit zu einer fruchtbarsten Anwendung Marx'scher Methoden.

Ströbels Arbeit neigt — ein natürlicher Rückschlag auf ein übermäßig fatalistisches Entwicklungsphilosophie — zur starken Betonung des Bekenntnisses im sozialistischen Werden. Aber in dieser notwendigen Gegenwirkung liegt auch ihr großes Verdienst.

Fromme Wünsche.

Die „Deutsche Zeitung“ leidet nicht nur in ihrem politischen Teil an Denkfehlern, auch in wirtschaftlichen Fragen macht sich dieser organische Mangel stark bemerkbar.

Es heißt da gestern in einem langen Artikel z. B.: Die direkten Steuern sind unmoralisch und rufen unmoralische Wirkungen hervor. Und warum? Weil sie zum Verbrauchen, Verprassen und Verschleiben verleiten! Wir können uns gut vorstellen, wie schwer es Herrn von Kerkhoff, dem deutschnationalen begeisterten Steuerzahler geworden ist, sich „unmoralisch“ zu benehmen und zu verschleiden.

Noch eine andere deutschnationalen Erkenntnis. Die direkten Steuern dürfen selbstverständlich nicht weiter erhöht werden, wir gehen sonst elendig zugrunde. Aber die Arbeitszeit müßte gründlich erhöht werden.

Das könnte den Herren so passen, keine direkten Steuern und unständliche Arbeitszeit. Dann fehlt nur noch Wilhelm aus Holland und das Pfund Brot kostet wieder acht Pfennige wie ehemals.

Der Einbruch bei Adolf Hoffmann.

Die rechtsstehende Presse wälzt sich nun seit drei Tagen in Vergnügen, weil bei dem Führer der Kommunisten, Adolf Hoffmann, eingebrochen worden ist und die Täter mit nicht unerheblicher Beute davongezogen sind. Man kann wohl sagen, daß es noch nie einen Einbruch gegeben hat, über den sich so viele Leute diebisch geseufzt haben wie über diesen. Befangen bayerische Orgeleschmäner den „tapferen Helden“, der — in der Nacht aus dem Hinterhalt — den armen Gareis niederknallte, so begeistert sich die „nationalen“ Presse nicht weniger für die geheimnisvollen dunklen Gestalten, die mit Hilfe eines Nachschlusses in die Wohnung des Kommunisten drangen, um diesen von seinem Eigentum zu erleichtern. Neben dem Mord gehört neuerdings auch der Einbruch zu den

Kunstwerke in Schutzhaf.

An den Kreisen der Berliner Kunstfreunde sind seit einiger Zeit Gerüchte über das Schicksal mehrerer wertvoller Gemälde verbreitet, die sich im Besitz des früheren Kaiserhauses befanden und seit der Revolution in einer Art „Schutzhaf“ gehalten werden. Da es sich um Kunstwerke hohen Ranges handelt, so interessiert die Angelegenheit nicht nur die Kenner und Spezialisten, sondern die breite Öffentlichkeit hat ein Recht, reifliche Aufklärung zu verlangen. Wir geben daher diese Gerüchte wieder, obwohl wir nicht imstande sind, sie im einzelnen nachzuprüfen, und wir hoffen, daß die beteiligten Museumsdirektion, sowie die beiden Ministerien sich zu der Frage äußern werden.

Etwas vor zehn Jahren, heißt es, sei der Direktor der Nationalgalerie Justus auf den Gedanken gekommen, die beiden prächtigen Berliner Parabelbilder Franz Krügers aus dem Petersburger Winterpalais für seine Sammlung zu erwerben. Wilhelm II. wurde gebeten, sie vom Zaren für die Nationalgalerie loszuerkaufen. Im Verlauf mehrerer Jahre wurde die Bitte an den Kaiser öfter wiederholt, und dann von ihm dem Zaren bei einer Begegnung in den Schären ausgesprochen. Der Zar erfüllte sie, schenkte aber die beiden Bilder nicht der Nationalgalerie, sondern dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Der Kaiser war von den Bildern so entzückt, daß er sie in seinem Schloß aufhängen ließ, aber in einem Raum, der bei den öffentlichen Führungen nicht gezeigt wurde.

Bald nach der Revolution erbat und erhielt Justus, wie in seinem Führer durch die Nationalgalerie mitgeteilt ist, von dem Kultusminister und Finanzminister die Zusage, daß die Bilder nunmehr in die Nationalgalerie kommen sollten. Trotzdem wurden sie ins Hohenzollern-Museum gebracht, das bekanntlich seit der Revolution geschlossen ist. Obwohl also die beiden Meisterwerke dank der Initiative Justus seit Jahren in Berlin sind, hat sie — seit der Jahrhundert-Ausstellung 1906, wo sie als Leihgabe des Zaren hingewiesen — niemand zu sehen bekommen.

Im Hohenzollern-Museum befinden sich noch zwei andere große Hauptwerke Krügers, die Nationalgalerie dagegen bewahrt nur wenige kleine Bilder, und es ist auch keine Möglichkeit andere zu erwerben, da Krüger nur für den Hof große Stücke gemalt hat. Es handelt sich hier nicht um ein paar Bilder mehr oder weniger, sondern um Hauptwerke des bedeutendsten Berliner Meisters vor Mengel. Der Rang und die Wichtigkeit Krügers würde dadurch in der Nationalgalerie zur Geltung kommen und die ganze Linie der Entwicklung an einer sehr wesentlichen Stelle ergänzt werden. Die Hunderte von Besuchern aus Berlin und ganz Deutschland, die täglich die Nationalgalerie durchwandern, würden an diesen köstlichen Gemälden ihre helle Freude haben. Die Darstellung der Linden mit all den Gebäuden, die zu-

Taten, die dem großen Teil wohlgefällig sind, wenn sie an mitleidigen Politikern verübt werden.

Besonderen Aufhebens wird dabei von dem Verzeichnis der entwendeten Gegenstände gemacht. Goldene Ringe, silberne Ketten, soundsoviel Bettbezüge, soundsoviel Bettlaken, Hemden und noch intimere Gegenstände — seht, so lebt ein Kommunist! Wir finden an dem Verzeichnis nichts Aufregendes. Es ist im besten Falle das Inventar eines gutausgepölkerten Kleinbürgerbäckers, der Person Adolf Hoffmann, dieses seltsamen „Revolutionärs“, durchaus entsprechend. Doch Hoffmann, der als Betrüger, nicht immer der besten Sachen, sich einiges erübrigt hat und nicht genötigt ist, das Leben eines Proletariats zu führen — wer führt es, wenn er nicht muß? — ist eben auch kein Geheimnis, das erst von Dieben mit der Blendlaterne ausgeleuchtet werden müßte.

Die Dummheit, die an der erbrochenen Türe der Hoffmannschen Wohnung freudentzückt auftritt, läßt sich kaum noch überbieten. Sie wird höchstens überboten durch die Dummheit der „Roten Fahne“, die sich ängstlich gehüht hat, ihren Lesern Mitteilung vom Mordfall zu machen. Fürchtet sie, daß die Zahl der Hoffmannschen Bettlaken auf die Reinheit der kommunistischen Gemüter verwirrend wirken könnte? Dann schäme sie ihre Leser als ebensolche Spießbürger ein, wie es jene der nationalsozialistischen Presse tun, die sich an den schalen Späßen über den „expropriierten Kommunisten“ erfreuen. Und so wird es auch wohl sein: Spießbürger rechts und links, und einen, der zum Schaden noch den Spott hat, in der Mitte.

Die kommunistische Hauptaufgabe.

Auf der Tagung des Moskauer Gewerkschaftskongresses der Dritten Internationale sagte Sinowjew nach dem Bericht der „Roten Fahne“: Jetzt ist die Organisation des Kampfes gegen die gelbe Arbeiterpartei unsere Hauptaufgabe.

Das ist wenigstens deutlich und ehrlich. Richt die Bekämpfung des Kapitalismus ist die Hauptaufgabe der kommunistischen Gewerkschaften, sondern der Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung, die Spaltung und Selbstzerfleischung. Der Satz Sinowjews sollte nicht so bald vergessen werden.

Stegerwald an die Reichsratsvertreter.

Im preussischen Staatsministerium hielt gestern Ministerpräsident Stegerwald an die in den Reichsrat gewählten preussischen Provinzialvertreter eine Ansprache, in der er auf die eigenartige Stellung der preussischen Vertreter innerhalb des Reichsrats hinwies. Das Staatsministerium sei bemüht, die Interessen des preussischen Staats mit denen des Reichs in Einklang zu bringen. Die preussische Regierung habe zunächst eine Änderung der Reichsverfassung durchsetzen müssen, um überhaupt jeder Provinz eine Stimme geben zu können. Es sei zu erwarten, daß sich zumindest in der ersten Zeit Reibungen und Schwierigkeiten ergeben würden; jedoch hoffe er, daß die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Mitglieder die Schwierigkeiten überwinden werde.

Die Ergebnisse der Wahlen der Provinzialvertreter zum Reichsrat liegen jetzt vor, mit Ausnahme von Oberschlesien, wo die Wahl erst im Herbst, und der Rheinprovinz, wo die Wahl am 14. Juli stattfindet. 12 Wahlberechtigte haben in den Reichsrat 24 Vertreter entsandt; an Sozialdemokraten wurden entsandt die Genossen Ritter, Otto Frank, Zimmer und Hörning.

Auslandsdeutsche und Schwarz-rot-gold.

Ein Kenner des fernsten Ostens schreibt uns: Zu dem durch die Reaktion hervorgerufenen Flaggenstreit um die schwarz-rot-goldene Wäsche dürfte es vielleicht interessieren zu erfahren, daß gerade die Auslandsdeutschen die ersten waren, die nach Beendigung des Krieges die neuen Reichsfarben im ehemaligen Feindesland trugen. So wachte z. B. bereits vor zwei Jahren auf dem Gebäude der deutschen Raten-Kreuz-Kommission in Wladivostok, die mit der Heimführung und der Fürsorge der Sibirien-Gefangenen betraut war (und der der Schreiber dieses angehörte), die schwarz-rot-goldene Flagge,

und der Chef der Kommission, ein Beamter Gerber, ließ sogar noch ein schwarz-rot-goldenes Fähnchen auf dem amtlichen Automobil der Kommission anbringen. Die neuen Reichsfarben erregten nicht nur bei den alliierten und russischen Behörden und der russischen Bevölkerung allgemein lebhaftes Interesse, sondern lösten auch bei den deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen — unter denen sich zahlreiche Auslandsdeutsche befanden — eine derartige Begeisterung aus, daß sich sämtliche Kriegsgefangenen schwarz-rot-goldene Abzeichen anfertigen ließen, die sie dann an ihren Mägen trugen. Als dann später der Abtransport begann, führten die von Japan gecharterten Schiffe sämtlich auf ausdrücklichen Wunsch der Gefangenen ordnungsgemäß die schwarz-weiß-rote Flagge mit der schwarz-rot-goldenen Wäsche im Vortopp; auch die von Japan direkt mit Tlingtau-Gefangenen abgegangenen Dampfer hatten die neue Flagge im Vortopp gehißt. Man hielt dies für eine Selbstverständlichkeit und kein vernünftiger Mensch hatte an den neuen Farben Anstoß genommen.

Und jetzt kommt die Reaktion und sagt, das Ausland und die Auslandsdeutschen würden den Flaggenwechsel nicht verstehen! Das Ausland und der überwiegende Teil der im Ausland ansässigen Reichsdeutschen ist viel klüger als die Reaktion und hat den Wechsel bereits verstanden; nur eins kann und wird man im Ausland nicht verstehen: die Mentalität und die politische Dummheit unserer „nationalen“ Schreihäule.

Laß sie betteln geh'n...

München, 13. Juli. (WZB.) Zur Ermordung des Abgeordneten Gareis teilte im Finanzausschuß des bayerischen Landtags auf eine Anfrage der Unabhängigen, wie sich die Staatsregierung zu einer Entschädigung der Witwe Gareis stelle, der Finanzminister mit, für das Gesamtministerium könne er diese Frage nicht beantworten. Persönlich sei er aber der Auffassung, daß eine Parallele zwischen dem früheren Minister Auer, auf den seinerzeit im Landtag ein Attentat verübt wurde, und dem Abgeordneten Gareis nicht gezogen werden könne. Es sei fraglich, ob der Mordanschlag Gareis gegolten habe, da die Tat noch völlig unaufgeklärt sei.

Es wäre in diesem Zusammenhang von Interesse zu erfahren, welche Schritte die bayerische Regierung unternommen hat, um das Attentat aufzuklären? Vielleicht gibt hierüber der bayerische Justizminister Aufklärung?

Kommunistischer Parteitag. Die KPD, beruft ihren diesjährigen Parteitag auf Montag, den 22. August, nach Jena ein. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Bericht vom 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale. — Bericht der Zentrale. — Die nächsten Aufgaben der Partei. — Anträge. — Revisionen. — Beim zweiten und dritten Punkt namentlich dürfte der Konflikt zwischen den „Revolutionen“ und der Zentrale zum Austrag gelangen.

Deutscher Juristentag. Vom 12. bis 14. September d. J. wird, zum erstenmal nach dem Kriege, der Deutsche Juristentag in Bamberg zusammentreten. Von den Verhandlungsgegenständen verdienen folgende Punkte besonderes Interesse: Inwieweit entsprechen die sogenannten Sanktionen dem Versailles Vertrag und dem Völkerecht? — Die Strafbemessung nach dem neuesten Entwurf eines Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich. — In welcher rechtlichen Form ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und am Gewinn des Unternehmens möglich? — Sind die Arbeitsgerichte und ähnliche Spruchbehörden den ordentlichen Gerichten anzuschließen? — Die Stellung des unehelichen Kindes und seiner Mutter auf dem Gebiete des öffentlichen, Familien- und Erbrechts. — Der Beitritt zum Juristentag erfolgt durch Erklärung an den Schriftführer, Geheimrat Dr. Heinich, Charlottenstr. 55. Anmeldungen zur Teilnahme an dem diesjährigen Juristentag sind mit den Wünschen wegen Unterkunft bis zum 1. August d. J. an den Deutsches Ausschusses des Deutschen Juristentages in Bamberg, Zentraljustizgebäude, zu richten.

Arbeitsrecht am Rhein. Die rheinischen Besatzungsbehörden haben durch ein Streikverbot und durch Androhung von Strafen beim Verhören im Streik in die seit langem andauernde Auslandsbewegung der Maschinenisten und Feiler in Düsseldorf eingegriffen. Der Streik kann unter diesen Umständen nicht länger aufrecht aufrecht erhalten werden. — Die „Düsseldorfer Zeitung“ wurde von der Besatzungsbehörde für 8 Tage verboten.

Die Ausgaben für einen solchen Musterfilm berechnet Egon Jacobsohn in der „Film-Hölle“ folgendermaßen: 3000 Meter Regatta: 16 000 M., 3000 Meter Positiv: 10 000 M., Panu- (Tript: 15 000 M., Wagen: 202 000 M., Metier (8 Tage mit Arbeitern, Kulisen, Heizung, Licht usw.): 40 000 M., Speisen (Reisen, Auto, Trinkgeld usw.): 25 000 M., Extraausgaben (Ruhetage wegen ungünstiger Witterung, Krankheit der Darsteller, technische Unfälle und Unachtsamkeiten usw.): 30 000 M.; zusammen: 338 000 M.

Der Ausstattungsfilm „Anna Bolagn“ mit seinen ungeheuren Massenfiguren und Aufbauten soll 4 Millionen Mark Herstellungskosten verschlingen haben. Jetzt plant aber, wie es heißt, Joe May eine Verfilmung des Romans „Das indische Grabmal“ von Thea von Harbou, für die nicht weniger als 20 Millionen ausgemessen sein sollen.

Theaterreise in Sowjetrußland. Die Aufführung des Schauspielers von Majakowski „Mysterium-Buff“, die in einem Moskauer Zirkus in deutscher Sprache für die in Moskau verammelten Kongreßdelegierten stattfand, hatte ein unerwartetes Nachspiel. Die Gouvernementsabteilung für politische Aufklärung nahm Anstoß sowohl an dem Werke selbst, als auch an den übermäßigen Kosten der Inszenierung, die sich auf einige hundert Millionen Rubel belaufen, und hat das Erste Staatstheater, wo das Werk regelmäßig in russischer Sprache aufgeführt wurde, geschlossen.

Zus Anlaß dieses Vorfalls fordert der „Kommunistische Trend“, das Organ des Moskauer Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei, die allgemeine Einschränkung der übermäßigen Ausgaben für das Theaterwesen. Die Schauspielerei bekäme ungeheure Gagen und Sonderzuschüsse von zehn und hunderttausend Rubeln für die Teilnahme an einer Probe. Ihre Einnahmen seien so hoch, wie in keinem anderen Lande. Solch ein Wägenatentum könne sich das bettelarme Sowjetrußland nicht länger leisten.

„I“ oder „ich“? Es erklärt sich wohl aus Gedankenlosigkeit oder Faulheit, daß die Endsilbe „ich“ jetzt immer häufiger durch „i“, geschrieben „ig“, ersetzt wird. Angefangen hat es mit „zugänglich“. Jetzt liest man aber auch schon von einer Beschäftigung, die „einträgig“ sei, und warie nur, halbe sitzen wir beim „freundlichen“ Wort mit „liebigen“ Frauen und hören vom Orchester „jämmerliche Klänge“, natürlich unter Qualen, denn das kultivierte „menschliche“ Ohr ist gegen musikalische Unschönheiten ebenso „empfindig“ wie gegen „sprachige“.

Marianne Brandt, die berühmte Bildhauerin, ist 75 Jahre alt, in Wien geboren. Sie gehörte anderthalb Jahrzehnte dem Berliner Oberbaurat an, zu dessen Sternen sie neben Hermann, Beck, der Lucia, Wallinger, Materna und Reich-Rindemann zählte. Vor etwa 30 Jahren zog sie sich von der Bühne zurück und lebte seitdem als Gelegenheitskünstlerin in Wien.

Abten und Strindberg in Valais. Wie erinnerlich, hat das Genävertheater Theater vor langer Zeit Abten's „Korn“ in hebräischer Sprache zur Aufführung gebracht. Das hebräische Theater in Jaffa hat nunmehr Strindberg's „Bater“ mit bestem Erfolg inszeniert. Die Dekorationen sind von jüdischen Künstlern entworfen.

Groß-Berlin

Aufgebot des Schwurgerichts wegen einer Fahne.

Seit uns durch die Verfassung als Reichsfarbe Schwarz-rot-gold bestimmt worden ist, geht die unerhörte nichtswürdige Hege gegen die Reichshoheit darstellende Flagge, während dieselben Kreise, die in Wort und Schrift die Reichsflagge herabzerrren, in frecher Provokation die alten Schwarz-weiß-roten Farben zeigen und tragen wo sie nur können. Da hat es sich nun in dem kleinen märkischen Städtchen Dahme ereignet, daß der Jugendbund des Deutschvölkischen Schut- und Trugbundes am 14. September v. J. sein erstes Stiftungsfest feierte. Der Bund zog mit Schwarz-weiß-roter Fahne durch die Straßen, um Aufstellung vor dem Rathaus zu nehmen. Angesichts dieser offenen antirepublikanischen Demonstration konnte ein Dutzend Arbeiter seine herausgeforderten republikanischen Gefühle und seiner Empörung nicht mehr Herr bleiben; sie entrißen dem Fahnen-träger die Fahne, zerrissen sie in Stücke und brachen den Fahnenstod entzwei. Und wegen dieses „Verbrechens“ schleppte man zwölf ehrenwerte Männer der Arbeit gefesselt vor die Potsdamer Strafkammer. Diese aber sah das Vergehen offenbar für so schwer an, daß sie sich, nachdem ein größeres Zeugenangebot vernommen war, für unzuständig fühlte und die Sache an das Schwurgericht verwies. Die Angeklagten, fast ausschließlich Familienväter, werden sich nun wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Wenn deutschnationale Studenten das, was hier Arbeiter mit der Schwarz-weiß-roten Fahne getan haben, mit der schwarz-rot-goldenen Fahne getan hätten, dann würde die gesamte Rechte von einem „Dummen-Jungenstreich“ reden. Die Arbeiter aber werden vor das Schwurgericht geschleppt. Wir meinen jedoch, unsere Gerichte hätten doch wohl immer noch die Prozesse gegen die Rapp-Buschisten zu erledigen. Wächte man diese Prozesse nicht endlich und zuerst erledigen, ehe man ein Dutzend Arbeiter prozessiert, die eine antirepublikanische Fahne zerrissen haben!

Das ahnungslose „Mutchen“.

Eine angebliche Beamtenbestechung im Moabiter Untersuchungsgefängnis, welche auf eine zum mindesten originelle Art zur Kenntnis der Behörde gekommen war, beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt wegen aktiver bzw. passiver Bestechung waren der Kaufmann Will Lehmann und der Hilfsgefangenen-ausscherer Hettmann. — Der Angeklagte Lehmann befand sich vor einiger Zeit in dem Moabiter Untersuchungsgefängnis in Haft. In seinem Besitze befand sich noch ein Fünzigmarkschein, den er bei der Aufnahme in das Gefängnis verheimlicht hatte. Als er erfuhr, daß seine Mutter, deren Ernährer er war, erkrankt sei, trat er an den Wirtungsgefangenen Hettmann mit der Bitte heran, den Fünzigmarkschein seinem kranken „Mutchen“ zu bringen. Hettmann dachte sich nichts Weses dabei und nahm den Schein an sich. Wie er behauptet, habe er in der Straßenbahn zu seinem Schrecken gesehen, daß er kein Geld bei sich habe. Er habe den Schein deshalb wechseln müssen und da er sich genierte, nur 49 M. abzuliefern, habe er nur 40 M. abgeliefert in der Wirtung, die fehlenden 10 M. am nächsten dienstfreien Tage abgeliefert. Tatsächlich lieferte er auch am nächsten folgenden Tage die 10 M. ab. Inzwischen war das Malheur aber schon geschehen. „Mutchen“ hatte nämlich in aller Harmlosigkeit an ihren Sohn einen Brief geschrieben, in welchem sie sich für die aus dem Gefängnis überbrachten 40 M. bedankte. Da alle Gefangenenscheine kontrolliert werden, kam die an sich harmlose Sache zur Entdeckung. — Der Amtsanwalt beantragte 6 bzw. 4 Monate Gefängnis, während die Rechtsanwältin Dr. Frey und Müller-Stramener geltend machten, daß sich wohl kein Beamter mit einem so lächerlich geringen Betrage, wie heuteutage 10 M. find, „bestechen“ lassen werde. Das Gericht hielt auch die Angaben der Angeklagten für glaubhaft und erkannte auf Freisprechung.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Gar keine Gäste?“ fragte Reiser enttäuscht.
„Doch zwei.“
„Wer?“
„Eine Dame und einen Herrn. Sie wohnen im rechten Flügel.“

„Ein Ehepaar?“ fragte Reiser.
„Nein,“ antwortete harmlos der Kellner, der den Sinn der Frage nicht verstand, „die Dame ist aus Hamburg und der Herr ist aus Wien.“

Es war unschwer zu erkennen, daß er gern noch mehr geschwätzt hätte, doch Reiser winkte ab, da er sein Interesse an den beiden nicht vorzeitig verraten wollte. Es war ihm genug, daß er noch erfuhr, die Herrschaften hätten einen gemeinsamen Ausflug auf eine nahe Alm hinauf gemacht.
Er verzehrte, was ihm der Kellner brachte, und schlenderte sodann planlos durch das Städtchen, ging an den See hinunter, warf sich auf eine Bank und starrte über das Wasser hin, dessen Wellen unruhig das Ufer anliefen.

Seine Gedanken, plötzlich zur Ruhe gekommen, waren seltsam schwer und düster. Sie richteten sich auf einen einzigen Punkt, der vor seinen Augen dichter, breiter und dunkler wurde, bis er sich schließlich zu einer finsternen Wolke zusammenballte, die drohend den sonnigen Himmel verdeckte.

Behrens...

Reiser verspürte einen eisigen Schauer.
Jener Mann sah nun im Gefängnis und wartete, legte einen Tag zum anderen, fügte die Tage zu Wochen, die Wochen zu Monaten und die Monate zu Jahren und mußte doch noch zehn Jahre warten, bis der Tag anbrach, an dem sich seine Wünsche erfüllten...

Ein heftiges Grauen packte Reiser, das ihn schüttelte und würgte, mit solcher Wucht, daß er sich die Augen reiben mußte, um was zu werden, um wahrzunehmen, daß er in sonniger, milder Gegend, in schrankenloser Freiheit war.

Gut, auch die zehn Jahre würden vergehen, — einmal, ja, würden sie um sein, — und eines Tages, gewiß, würden sich jenem Manne die Tore des Gefängnisses öffnen...

Aber würde dann der, der die Kraft gehabt hatte, so lange zu warten, nicht ein alter Mann sein, verbraucht, müde und innerlich zerbrochen?

Reiser stöhnte laut auf, denn er spürte in dem, was er selbst erlebt hatte, einen Teil dessen, was, nur schauriger und trostloser, jener andere erduldet.

Das Benzingeschäft der Stadt Elberfeld.

Zum Prozeß gegen Stiller und Genossen.

Der Prozeß gegen Stiller, Professor Böhmer und Genossen nahm gestern seinen Fortgang. Es wurde zunächst der aus dem Prozeß Sonnenfeld-Stiller bekannte junge Ernst Sonnenfeld vernommen, der in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis ein Gespräch zwischen dem Angeklagten Stiller und Kruse belauscht haben will, das für die beiden Angeklagten belastend war. Die Verteidigung bestritt die technische Möglichkeit, ein solches Gespräch abzuheben und beantragte Sanktionen.

Sodann kam das Benzingeschäft der Stadt Elberfeld zur Verhandlung. Die Kohlenstelle der Stadt Elberfeld hatte unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften 2100 00 Liter Benzin aus Belgien beschafft und befürchtete die Beschlagnahme. Um diese zu verhindern sandte der Leiter der Kohlenstelle Elberfeld den Kaufmann Hachenbrecht nach Berlin, um, wenn möglich, die nachträgliche Genehmigung zur Einfuhr zu erhalten. H. wurde auf allerlei Umwegen mit dem Angeklagten Hahn bekannt. Es fanden daran die Unterhandlungen über die Möglichkeit der Beforgung des Einfuhrscheins statt, mit dem Ergebnis, daß dafür die Summe von 1 Million Mark festgesetzt wurde. Hachenbrecht erhielt von der Kohlenstelle Elberfeld die Genehmigung zur Beforgung der Million, Böhmer besorgte dann wieder durch Stiller die Einfuhrbewilligung, die nach Böhmers Versicherungen absolut einwandfrei sein sollte, und die Million wurde gezahlt. Das Geld ist zwischen Böhmer, einem Hauptmann, Stiller, Hahn und mehreren Vermittlern geteilt. Der als Zeuge über dieses ganze Geschäft vernommene Kaufmann Habel hat dafür, daß er die Bekanntheit mit Hachenbrecht vermittelt hat, auf seinen Teil 175 000 M. erhalten.

Da im weiteren Verlauf der Verhandlungen der Angeklagte Böhmer unter Schwächegefühlen litt, wurde Geh. Medizinalrat Hoffmann herbeigerufen, der befandete, daß Böhmer als starker Neurotiker eine Erregung und Stärkungsmittel bedürfte.

Kriminalkommissar Klinkhammer, der die Strafsache bearbeitet hat, schildert die polizeilichen Maßnahmen, die schließlich zur Verhaftung des Professors Böhmer und der Mitangeklagten geführt haben. Der Stein ist durch den Dampfzylinderbesitzer Otto Koblitz in Ostpreußen ins Rollen gebracht worden, der an dem Anklagefall der Einfuhrbewilligung für Holz im Werte von 36 Millionen Mark interessiert war. Koblitz war Verdacht hinsichtlich der Echtheit der Scheine aufgetrieben; er hatte sich an die Kriminalpolizei gewandt, und diese war auf Verabredung in die Geschäftsräume der Niederdeutschen Handels-Gesellschaft eingedrungen und hatte die Dokumente von Böhmer erhalten. Interessant war nach der Mitteilung, daß Böhmer gegen Klinkhammer ein noch schwebendes Strafverfahren wegen Beleidigung angestrengt hat, weil er ihn für die in den Zeitungen erschienenen Artikel verantwortlich macht. — Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Reichswehrministerium und Kriegsbeschädigte.

Für die Kreise Ober- und Niederrhein ist für die Kriegsbeschädigten seit 1. März 1921 ein eigenes Versorgungsamt gebildet worden. Bei Bildung des Amtes war der Gedanke leitend, den aus den Sandstreifen weither gereisten Beschädigten den Weg möglichst zu verkürzen. Aus diesem Grunde sollte das neue Amt im Norden Berlins in einer der ehemaligen Kasernen untergebracht werden, um so allen Kriegsbeschädigten, die auf dem Sektiner und Behrter Bahnhof ankommen, die stundenlange Fahrt mit mehrmaligen Umsteigen nach Schöneberg zu ersparen. Das Reichswehrministerium und das Hauptversorgungsamt bemühte sich seit November 1920 vergebens, ein Unterkommen für das neugebildete Versorgungsamt Ober- und Niederrhein zu finden, und noch immer müssen die Kriegsbeschädigten sich besondere Begleiter nehmen, die sie durch Berlin führen und Kosten für Drohschreiben usw. aufwenden.

Wie sind solche Verhältnisse möglich? Stehen doch im Norden Berlins eine Unmenge Kasernenräume leer, oder sind nur mit Umwidmungen des 200 000 Mann starken Heeres und der ehemaligen Freikorps belegt. Alle diese leerstehenden Räume nimmt nun das Reichswehrministerium für sich in Anspruch und ist nicht zu bewegen, auch nur einen minimalen Bruchteil der leeren Räume für seine schwerbeschädigten ehemaligen Angehörigen herzugeben.

Eine lebhafte Beunruhigung herrscht unter den Beschädigten der Kreise Ober- und Niederrhein, weil Monat um Monat vergeht, ohne daß eine zufriedenstellende Regelung erfolgt. Wie wir hören, befaßt sich jetzt ihre Organisation mit dieser Angelegenheit. Wir

Und eine blinde Wut, ein tödlicher Haß stieg in ihm auf gegen die, die es vergessen hatte, wer um sie litt, und es schien ihm mit einem Male, daß er ein Recht hätte, sie, wenn sie nur aufmuckte, zu erschlagen.

Wie dumm war jener Alte in Meran, der da glaubte, er, Reiser, sei nur ein Werkzeug!

Was mußte dieser Schwachkopf davon, wie stark der Haß in einem Menschen werden konnte, dem man durch Jahre die Fesseln knirschender Ohnmacht angelegt hatte!

Was war ihm geschehen? Eine Frau hatte ihn betrogen... Was lag daran? Frauen waren billig, und man hatte genug Gelegenheit, sich an ihnen zu rächen. Aber von einer Frau verraten zu werden und dabei zur Ohnmacht verdammt zu sein, — hatte er dieses erduldet? Nein!

Reiser ging mit hastigen Schritten das Seeufer ab. Die Wellen bellten ihn an. Best! nur, dachte er, ich fürchte mich nicht, ich tue doch, was ich wünsche! In mir ist eine Kraft, die nicht überwunden werden kann: die des Hasses!

Reiser schlug, ohne aufzuheben, den Weg zurück nach dem Seeufer ein.

Ein kleines Mädchen, das spielend mitten auf der Straße saß, hätte er beinahe getreten. Es schrie auf und troch furchtsam auf die Seite. Reiser merkte es gar nicht.

Leute blickten ihm verwundert nach, von dem Drohenden in seinem Antlitz sonderbar berührt. Ein Mann grüßte ihn, doch Reiser dankte ihm nicht, da er seinen Gruß nicht hörte.

Da schlug plötzlich ein helles Lachen an sein Ohr.

Noch immer sah er nicht auf, denn er hatte den merkwürdigen Gedanken, daß dieses Lachen aus jenem finsternen Traum käme, den er träumte.

Allein das Lachen wiederholte sich, und so hob er, wie erschreckt, den Kopf.

Er stand vor der Freitreppe des Seehofes.

Auf den mittleren Stufen aber hatten drei Menschen eine kleine Gruppe gebildet: eine Dame in einem hellen Kleid, mit einem blaugrünen Seidenschal um den Schultern, ein junger Mann, der seinen Panamahut in der Hand hielt, und der Wirt.

Reiser regte sich nicht, ihm war, als habe sein Herz aufgehört, zu schlagen: die junge Dame, in deren vollem, rotblondem Haar die Sonne ein goldenes Feuer angezündet hatte, wandte ihm das Gesicht zu und betrachtete ihn schon eine Weile auf eine Art, die doch über ihn hinweg oder durch ihn hindurch zu sehen schien.

Und auch der junge Mann war aufmerksam auf ihn geworden. Reiser sah sein harmloses, hübsches Jünglingsgesicht, in dem ein Paar lebhafter Augen fröhlich lachten. Er konnte kaum älter als zweiundzwanzig Jahre sein.

hoffen, daß es diesen gelingen wird, den Widerstand des Reichswehrministeriums zu brechen. Ein mitleidendes Herz scheint das Reichsministerium für die armen Schwerbeschädigten, die bebauernswertesten Opfer des Krieges, nicht zu haben.

Amt Norden Rettungssamt.

Es sind in Groß-Berlin an Häusern, in Werkstätten, Diensträumen der öffentlichen Gebäude usw. noch zahlreiche Blechplakate verbreitet, welche auf die nächste Rettungsstelle hinweisen, aber noch den Hinweis auf eine frühere veraltete Telefonverbindung der betreffenden Rettungsstelle tragen. Diese Telefonverbindungen können jetzt nicht mehr benutzt werden. Das Rettungssamt Groß-Berlin hat jetzt eine eigene Telefongentrale, welche die Bezeichnung „Amt Norden, Rettungssamt“ hat. Durch diese Zentrale ist jede einzelne Rettungsstelle telephonisch zu erreichen. Es empfiehlt sich, die auf den Blechplakaten befindlichen Hinweise auf den Telefonanschluß der einzelnen Rettungsstellen zu entfernen und dafür den Hinweis zu setzen: „Fernsprechanruf Amt Norden Rettungssamt“. Auf Anruf bei dieser Stelle wird sofort mit der gewünschten Rettungsstelle verbunden. Die einzelnen Besitzer der Blechplakate werden gebeten, diese Korrektur selbst auszuführen.

Ein gefährlicher Gepäckschwindler treibt neuerdings zwischen dem Anhalter und Steinitzer Bahnhof sein Unwesen und hat bereits mehrere Personen empfindlich geschädigt, ohne daß es gelingen wäre, ihm das Handwerk zu legen. Auf der zwischen dem Steinitzer und dem Anhalter Bahnhof verkehrenden Straßenbahnlinie 101 macht er geschickt die Bekanntheit auf der Durchreise befindlichen Personen, meist allein reisender Damen, und veranlaßt sie, auf dem Bahnhof angelangt, bis zur Abfahrt des Zuges ihr Gepäck mit seinem eigenen abzugeben und ein nahegelegenes Kaffee aufzusuchen. Einige Zeit vor der Abfahrt des Zuges der Dame holt er zunächst sein eigenes Gepäck von der Gepäckschließung und erbetet sich dann, auch das Gepäck der Reisenden zu besorgen, wobei er sein eigenes „Gepäck“, gewöhnlich ein Kupeletasser aus Papiermaché, gefüllt mit Flaschen voll Wasser, unter der Aufsicht der Reisenden zurückläßt, um mit dem Gepäck der Dame dann zu verschwinden. Durch sein überaus sicheres Auftreten und seine elegante Kleidung haben seine Opfer zunächst keinen Argwohn und waren geduldisch auf die Rückkehr des hilfsbereiten Kavaliers, der inzwischen mit dem Gepäck das Weite gesucht hat. Der Dieb wird beschrieben als etwa 1,70 Meter groß, circa 35 Jahre alt, mit sehr gewandtem Auftreten. Durchreisenden kann zum Schutz gegen derartige Schwindler nur immer wieder der Rat gegeben werden, keinem Fremden ihr Gepäck anzuvertrauen.

Zum Raubüberfall in der Poststraße. Für die Aufklärung des Raubüberfalles, der am 2. d. M. normidags in der Zeit von 9½ bis 10 Uhr auf die Hausangestellte Frida Dikmann bei der Seidenhändlerin Kozower in der Poststraße 12 verübt wurde, ist die Befolgung auf 20 000 Mark erhöht worden. Die Befolgung ist teils für die Wiederherbeschaffung der geraubten Waren, Seidenstoffe im Werte von ungefähr 200 000 M., teils für die Ergreifung der Täter ausgelegt. Wie gemeldet wurde, das Mädchen während der Abwesenheit der Wohnungsinhaberin unter Umständen überfallen und gefesselt, die einen starken Verdacht für ihre Mitwisserschaft bzw. ihr Einverständnis mit den Tätern ergeben. Zur Aufklärung ist es erwünscht, daß sich die Personen melden, die zur angegebenen Zeit vor den Hörsälen Poststraße 12 oder Burgstraße 3, dem zweiten Ausgange des Grundstückes, mehrere Männer und eine Frauensperson mit langen, schmalen, weißen Karbons, grauen Baretten und einem Korbe gesehen haben, ferner die, die angeblich einen, was die geraubte Ware, gemusterte seidene Höschen, farbige Crepe de Chine und graue Seiden-Serres aufgetaucht ist. Meldungen, die streng vertraulich behandelt werden, sind an das Zimmer 89 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 601, zu richten.

Nichtakt von Urteilen der Groß-Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichte? Ein einheitliches Gewerbegericht und ein einheitliches Kaufmannsgericht für das Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin sind von den städtischen Körperschaften beschlossen und vom Oberpräsidenten genehmigt worden. Da aber die Amtsdauer der bisherigen Richter nicht über den 30. Juni hinaus erstreckt worden ist und andererseits die Wahlen der neuen Richter erst am 19. und 21. August (für das Gewerbegericht) und am 20. und 28. August (für das Kaufmannsgericht) stattfinden, so hat

Reiser nahm alle seine Willenskraft zusammen. Die Entschlüsse jagten sich in ihm, sie kamen und er verwarf sie. Was tue ich, fragte er sich, wie soll ich mich benehmen? Pöhllich brachte er es fertig, zu lächeln und höflich den Hut zu lästern. Nur ganz leicht war sein Gesicht noch verzerrt.

Aber schon kam ihm der Wirt zu Hilfe. Er eilte ihm entgegen, machte eine Geste, die die beiden Parteien verbinden sollte, und sagte: „Gestatten die Herrschaften, daß ich unseren neuen Gast vorstelle: Herr Reiser aus Berlin — Frau Blümner, Herr von Webenau!“

Reiser hatte sich endlich in der Gewalt. Er sah Lucie Blümner fest an, streifte Herrn von Webenau mit einem leichten Gleiten seiner Augen und verbeugte sich.

„Aus Berlin?“ fragte Lucie Blümner, „o, dann sind wir ja Landsleute!“

„Mehr als das,“ sagte Reiser mit einem Ernst, der grell von der Situation abfiel, „wir sind sogar aus der gleichen Stadt: ich bin Hamburger, gnädige Frau!“

Er sah es, wie sie sich verfärbte, und ein immenser Jubel schwellte seine Brust, so stark und süß, daß er seinen Kiebel in allen Nerven spürte und sich erschauernd fragte, woher er käme.

Lucie Blümner sah ihn tastend an. „Können Sie mich?“ fragte sie, durch ein Unerklärliches an ihm unsicher gemacht.

„Nein,“ antwortete er mit vollkommener Ruhe, „aber ich hoffe, daß ich Gelegenheit haben werde, Sie kennen zu lernen, gnädige Frau!“

Selbst Herr von Webenau merkte jetzt, daß irgendein Unerklärliches in der Luft lag. „Es ist noch ganz tot hier,“ meinte er, nur um überhaupt etwas zu sagen, „wir kommen von Meran...“

„Ebenso wie ich,“ erklärte Reiser.

„Ah!“ entfuhr es Lucie Blümner.

„Auch Sie?“ fragte Herr von Webenau, durch den Ausruf Lucies erschreckt.

„Gewiß,“ sagte Reiser, „oder finden Sie, daß davon etwas Ungewöhnliches ist?“ Er maß beide mit einem flüchtigen Spott und setzte sodann hinzu: „Darf ich den Herrschaften vorschlagen, noch ein wenig in den Garten zu gehen?“

Es gab eine Pause, in der die beiden zu überlegen schienen.

Aber da lachte Lucie Blümner plötzlich auf. „Warum nicht,“ rief sie aus, „gehen wir in den Garten!“

„Ja,“ sagte mit einer geschmeidigen Geste der Wirt, „der Abend ist wunderbar mild!“

(Fortf. folgt.)

Wetterbericht bis Freitag mittag. Troden und übermiegend
eiler bei ziemlich frühen, nordöstlichen Winden. In den Tagesstunden
mäßig warm, in der Nacht zum Freitag wieder kahl.

Am zweiten Tage, am Montag, begannen die Verhandlungen mit einem Referat des Genossen Biedermann, worüber der „Normdikt“ gestern früh einen kurzen Drahtbericht brachte, mit der Überschrift „Der Achtstundentag und die Gewerkschaften“. Darum dreht es sich wohl auch in der Hauptsache. Der Referent erklärte,

Rechner verwieß auf die Sanktionen am Rhein, durch die bis heute etwa 350 000 Menschen erwerbslos und 200 000 zu Kurzarbeitern geworden seien. Er schilderte die weiteren Absichten der Entente, die Einnahmen des Reichs zu überwinden und die sich daraus ergebenden Schäden. Der Friedensvertrag verlange von uns die Leistung von Befreiungen ohne jede Gegenleistung. Wie nun die deutschen Verpflichtungen erfüllen? Ein kleiner Fortschritt sei die Einschränkung des Luxuskonsums aus dem Auslande, doch der einzige Weg zur Erfüllung der Verpflichtungen wäre nur, das Einkommen und damit die Erzeugung trotz aller Erschwerungen so zu steigern, daß die 16- bis 18proz. Entschädigung davon gezahlt werden kann. Selbstverständlich scheidet vom Standpunkt der Gewerkschaften der Weg der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Das Unternehmertum mag uns solche Verschlechterungen aufzwingen wollen: die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften werden sich dagegen zu verteidigen wissen. ... Zur Steigerung der Produktion wird man uns aber trotz allen Sträubens die Märkte der ganzen Welt öffnen müssen. Für die Gewerkschaften besteht aber die erste Aufgabe, die Rassen auf weitere schwerwiegende Folgen hinzuweisen. Wir werden uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Entente sich tiefe Eingriffe auf dem Gebiete der Sozialpolitik herausnehmen wird. Man muß auf diesem Gebiete mit einer rückläufigen Bewegung rechnen. In erster Linie trifft dies für unser Arbeitslosenproblem zu. In den Ententeländern kennt man keine Arbeitslosenunterstützung. Ob man uns nicht eines Tages auch nahelegen wird, dieselbe in der jetzigen Form umzustellen, bedarf erstler Erwägungen. Es muß also baldigst daran gegangen werden, die Unterstützung in eine Erwerbslosenversicherung umzuwandeln. Ein anderer Gedankengang ist der der Einführung eines Arbeitsdienstjahres, ähnlich der früheren militärischen Dienstpflicht. Des weiteren wird der Gedanke der

Abkündigung einer 9. und 10. Arbeitsstunde

tech aller Abkündigung ermogen werden müssen. Böttig und bistu
tabel sind diese Maßnahmen für uns jedoch, so
lange noch ein Erwerbsloser oder Kurzarbeiter
auf der Straße liegt. In diesem Zusammenhang muß aber auch
festgestellt werden, daß heute bereits in einer großen Zahl von Be
trieben die Arbeiter Überstunden leisten. Der Ertrag der neunten
und zehnten Arbeitsstunde und des Dienstjahres soll natürlich nicht
dem Unternehmer, sondern ausschließlich dem State zur Er

In der Aussprache führten unter anderem aus:
Kluf.-Hamburg: Es ist von Nothwendigkeit für unsere Gewerkschaften, die Schulung auf volkswirtschaftlichem Gebiete vernachlässigt zu haben. Entgegen Biedermann muß gesagt werden, daß heute bereits wieder Kreditwirtschaft besteht. Eine Gefahr für die Gewerkschaften liegt in der Unterschätzung der Erwerbslosenfrage. Bei der heutigen Lage der Arbeiter ist die Einführung des Dienstjahres eine äußerst schwierige Aufgabe. Daß der Lichtfundtag als variabel gilt, stimme nicht, er ist als Höchsttarbeitszeit gedacht. Vor der Einlegung der neunten und zehnten Arbeitsstunde müssen selbstverständlich, wie B. auch angeführt hat, alle Arbeitslosen und Kurzarbeiter untergebracht werden. Der Mehrwert der geleisteten Arbeit darf nicht dem Unternehmer zugute kommen. Unsere Gewerkschaften sind verpflichtet, dahin zu wirken, auch den Besitz zur Leistung heranzuziehen.

Hubert-Donabrid: Unsere Gewerkschaften dürfen auf keinen Fall den verlängerten Arbeitstag propagieren. Von Erziehung unserer Jugend durch das Dienstjahr sollte man lieber nicht reden. Wir sollten die Propaganda für verlängerte Arbeitszeit den Unternehmern überlassen.

steht auf dem Boden des Achtstundentags und hat das anlässlich der beabsichtigten Demonstrationen des Bürgerbundes für dessen Befestigung bewiesen. Wir sind jedoch verpflichtet, die Augen vor den Tatsachen nicht zu verschließen.

Thormann-Hamburg: Eine Propaganda für die Verlängerung der Arbeitszeit liegt nicht in unserem Interesse. Wir sollten versuchen, die 8 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auch genossenschaftlich zusammenzufassen. Die englischen Gewerkschaften haben sich in ihren Genossenschaften ein starkes Bollwerk gegen den Kapitalismus geschaffen.

Der Vorigende verliest eine Resolution des Bureau, „die eine Beeinträchtigung der Sozialpolitik als Folge des Ultimatum ablehnt und deren internationalen Ausbau fordert“.

Pentins-Meterlen: Es zeugt von zu niedriger Einschätzung unserer Arbeitskraft, wenn Tatsache ist, daß deutsche Rohre in England für den vierten Teil des dortigen Preises angeboten wird.

Dresdener-Bremserhaken: Die Krise der Weltwirtschaft liegt in der Verteilung der Güter, die im Ueberschuß vorhanden sind. Eine Abstellung der durch dieses Engem entstehenden Mißstände wird erreicht durch Beseitigung der Weltwirtschaft. Wir müssen fest an

Dem Genossen Hubert Donabrück ist eine Resolution eingebracht, die im Gegensatz zu der ersten sich scharf gegen die verlängerte Arbeitszeit und das Dienstjahr überhaupt richtet.

Genosse Graßmann-Berlin wendet sich gegen diese Entschickung.

Beide Entschliefungen werden zurückgezogen.
In seinem Schlufwort führt Genosse Wiedermann an, daß die Konferenz die Tendenz seines Referats durchaus nicht verstanden hätte. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften, da die betreffenden Fragen in aller Öffentlichkeit von allen Wirtschaftstreibern erwogen werden, auch rechtzeitig sich über die Lage der Dinge zu informieren, um nicht den Eindruck zu verpassen. Zur Frage der verlängerten Arbeitszeit sei beachtenswert, daß der neueste Konkurrent auf dem Weltmarkt, Japan, bei sich eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden eingeführt hat, um sich unter allen Umständen den Weltmarkt zu erobern. Klar sein müssen wir darüber, daß Deutschland, und besonders seine Arbeiterschaft als Träger der Wirtschaft, bei Erfüllung der Bedingungen, ganz gleich nach welchen Gesichtspunkten, am schwersten getroffen ist.

Genosse Ehrenteit erklärt darn, daß die Konferenz der Frage der neun- bis zehnstündigen Arbeitszeit ablehnend gegenüberstehe, ebenso wie dem Diensthahre. Anerkannt wird die Pflicht der einzelnen Dreiaussschüsse, sich mit den im Referat aufgeworfenen Fragen eingehend zu beschäftigen. Der Kongreß steht nicht auf dem Standpunkt, daß durch die Erfüllung der Friedensbedingungen eine Einschränkung der Sozialgesetzgebung erfolgen darf. Pflicht des ADGB, und der Ufa muß es sein, für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung unter allen Umständen Sorge zu tragen. Wir werden unter verschiedenster Wahrung der Interessen der Gewerbetreibenden und Kurzarbeiter nicht am Wahlsonntag rütteln lassen und werden jede diesem entgegengezeichnete Bestrebung als Kampfanlage betrachten, zu deren Abwehr wir uns mit allen Mitteln einzusetzen bereit sind. Die Konferenz weist auf die schweren Erschütterungen eines solchen Wirtschaftskampfes unter den obwaltenden Umständen hin und muß schon heute die Verantwortung ablehnen, die jenen Krisen zufällt, von denen versucht wird, die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Wir haben andererseits die Pflicht, unsere Genossen auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ihnen anzurufen: Seid bereit, um den gegebenen Worten eurer Gewerkschaftsführer zu folgen! (Lebh. Zustimmung.)

(Diese Erklärung des Vorsitzender der Konferenz erportet uns, auf die Schwormasereien des Genossen Echezeit einzugehen. Wir sind schon der Meinung, man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Zudem steht es den Kommunisten obnehin nicht an Agitationsstoff. Red. des „Torn.“)

Zur Erlebigung der Frage, der zu bildenden Bezirks-
schularäte wurde zum Schluss ein vorläufiger Aktionsauschuss ge-
wählt. Dem Ausschuss gehören an: Sommer-Bremen, Droege-
Bübek, Meinert-Rostock, Ehlers-Niel, Bod-Hannover, Decker-Stettin,
Bauer-Oldenburg, Andersen-Hamburg und Ehrenfeld-Hamburg.

Feldausweichung des. Arzengienlager. Gruppe Marka 2. Donnerstag, den 14. Juli, abends 7½ Uhr, im Restaurant Beckinghoff's, Schönbauer Allee 25, Sitzung mit Damen. - Verein freiwilliger Feuerwehrmänner. Freitag, 17. Juli in Nohes Schützen, Berlin, Pflaster. 26. Samstags in Erinnerung an die Abkündigung der Ost- und Westfahrten. Gede hat das Glück mitkommen. - Allgemeine Karten- und Stempelreise der Reichsarbeiter. Freitag, Berlin 16. Allgemeine Versammlung Sonntag, den 17. Juli, vorm. 10 Uhr, 3. Theatervor. Wollensfeld 36. Allgemeine Panzer- und Arbeiterbewegung. Generalversammlung Sonntag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Schulz, Pflaster 36. Tagesnummer 1. Programm der Arbeitsgemeinschaft. 2. Bericht von der Generalversammlung in Jena. 3. Arbeitsgemeinschaften.

Leipziger Strasse – Alexanderplatz

Neue Kartoffeln grosse Pfund	1¹⁰
Weisskohl	40 Pf.
Landleberwurst Pfd.	11⁰⁰
Sülzwurst	10⁵⁰
Grobe Meßtwurst Pfd.	16⁵⁰
Rindfleisch im eigenen Saft... Dose	4⁷⁵
Marmelade 25. 40% Zucker Pfund	1⁴⁰
Harzer Käse Pfund	6⁵⁰
Limburger Käse Pfund	9⁵⁰
Camembert ... Schmelke	2⁹⁵

Rotbars geräucherl Pfund 2⁵⁰

Schmorfleisch	ohne Knochen, Pfund	12
Schabefleisch Pfund	12
Gehacktes Rindfleisch	Pfd.	10
Hammelfleisch Pfund	11
Kalbskamm Pfund	9
Kalbskeulen Pfund	10

Rinderkamm gefrorenPfund

Gefr. Kaninchen 390
ohne Kopf und Füße Pfund

Ausgel. Rindertalg Pfund 6⁷⁵

Bratfett	Pfund	9 ²⁵
----------------	-------	-----------------

Corned beef ausgewogen Pfund 7²⁰
Gute Kaffee Misch. frisch aus eigener 42⁰⁰

Goldbars frisch ohne Kohl Pfund 95

.....

**1919er
Oberhaardter Weisswein**
1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰

1917/18er
Ingelheimer Rotwein
1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰

Roier
Tarragona Dessertwein
1/2 Flasche 10⁵⁰ 1/1 Flasche 20⁰⁰

**Oesterreichischer
Süsswein**
1/4 Flasche 18⁵⁰ 10 Flaschen 175⁰⁰

Diverse 1917^{er} u. 1918^{er}
Original-Gewächse
bedeutend
herabgesetzt 1/1 Flische 27⁵⁰

Bekanntmachung
Pferdepflege in Falkenberg
ist wieder eröffnet
Städtische Gutsverwaltung
Falkenberg bei Berlin

**Jagdgewehre,
Automatische Pistolen**
u. m., Verkauf, Verkauf, Umtausch
Gewehr-Zubehör
Gustav Rätzel, Berlin
Markgrafenstr. 50.

Inserate
im
Vorwärts
verbürgen
Erfolg

Urininob Blut
Zur Ausscheidung krankhafter Stoffe aus Blut u. Säften bei offenen Fäden u. z. g. Hautunreinigkeiten ist Blutreinigungspulver Saliarin seit 30 Jahren wirksam erprobt.
M. 4.50, 3 Dosen 13.50 M.
Otto Reichei,
Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn: Lokatal, Weißmetall:
 Diesl, Dring, 1. Spezial-
 gebrauch: Kupfer, Rotguss,
 Messing, Nickel, Aluminium,
 Zink, Stannietpapier, Gieß-
 stumpscheile bis 140 M.
 kauft zu Tageskursen
Edelmetall-Prokurenanten Weberstraße 51



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Saison - Ausverkauf

Preisermässigung und Garantie
für angemessene Haltbarkeit
Lackartikel sind von der Garantie ausgeschlossen

Stillier SAISON Ausverkauf

Wir haben die Verkaufspreise unserer als gut bekannten Qualitäts-Schuhwaren in grosszügigster Weise ohne Rücksicht auf den früheren Wert ganz gewaltig herabgesetzt. Wir bieten mit unseren Angeboten eine in diesem Jahre nicht mehr wiederkehrende, überaus günstige Einkaufsgelegenheit, da Schuhwaren durch die neuerdings steigenden Lederpreise wieder erheblich teurer werden.

Damen-Schnürstiefel echt Port., echt Chevr., Aus- bog u. R. Chevr., u. a. sehr kostbare, u. Teil beschaffte, eleg. mod. Formen. Durchweg 98⁰⁰	Damen-Halbschuhe echt braun Chevr. und Meissner zum Schützen u. m. Spange, prima Qualität, bestes Fabrikat. Extra billig 118⁰⁰	Damen-Schnürstiefel in echt Port., Verbleist. Orig. Goodgear-Well-Aus- bog, u. R. Chevr. u. a. sehr kostbare, u. Teil beschaffte, eleg. mod. Formen. Durchweg 128⁰⁰	Damen-Halbschuhe echt braun Chevr. u. Port., zum Schützen, mit Spange, Dumps, mod. St. a. Spange, Goodgear-Well, erstl. Fabr. 148⁰⁰
Damen-Leinenschuhe weiss, mit Spange, mit kräftiger Ledersohle. Extra billig..... 42⁰⁰	Damen-Halbschuhe zum Schützen u. mit Spange, feinst. Fohlenleder, kurze, mod. Form, gute Fabr. Extra billig 98⁰⁰	Damen-Halbschuhe Oxford, modern. Reichenhuh, br. u. sch. Chevr., braun Port., Goodgear-Well. Extra billig 128⁰⁰	Damen-Halbschuhe mit Spange, braun echt Port. u. Chevr., ries. Strassenschuh, kurze mod. Form. Extra billig 148⁰⁰
Damen-Leinenschuhe weiss, zum Schützen, mit Leder- abfugen und kräftigen Leder- sohlen. Extra billig..... 48⁰⁰	Damen-Schnürstiefel echt Chevr. und Portall, auch mit Lackbesatz, mit Leder- und Stoffeinsätzen. Durchweg 98⁰⁰	Damen-Schnürstiefel echt Chevr. u. Port., auch mit Lackbesatz u. Stoffeinsätzen, ein- seitig. Ausföhrung. Durchweg 128⁰⁰	Damen-Halbschuhe Steg-Spangenschuh, hochleg., braun echt Chevr., mod. Form, Goodgear-Well. Extra billig 148⁰⁰
Damen-Halbschuhe Samt und Nissstoff, Spange und Dumps, etc. Sacren Leder-Schuh- und Spangenschuh. Extra billig 58⁰⁰	Damen-Halbschuhe u. Schützen und mit Spange, braun echt Chevr., mod. kurze Form, bestes Fabr. Extra billig 128⁰⁰	Damen-Halbschuhe zum Schützen, braun echt Chevr., helle u. dunkle Farben, neue Form. erstl. Fabrikate 148⁰⁰	Damen-Halbschuhe schwarz, echt Chevr. u. Port., u. Schützen, u. m. Spange, mit u. ohne Lack, erstl. Fabr. Durchweg 148⁰⁰
Damen-Halbschuhe schwarz, in diversen Lederformen, zum Schützen und mit Spange, besonders preiswert... Durchweg 88⁰⁰	Damen-Halbschuhe u. Schützen, braun Halbschuh, kurze mod. Form, best. Fabrikat. Dr. Goodgear-Well. Extra billig 128⁰⁰	Damen-Halbschuhe zum Schützen, braun, echt Portall, helle u. dunkle Farben, kurze mod. Form. Extra billig 148⁰⁰	Damen-Lackschuhe zum Schützen u. mit Spange, in sehr eleganter Ausföhrung, moderne Formen. Durchweg 148⁰⁰
Damen-Halbschuhe schwarz u. braun, u. Schützen u. mit Spange, darunter schwarze u. farb. Halbschuh u. Lackartikel. Durchweg 98⁰⁰	Damen-Halbschuhe schwarz Chevr. u. Portall, zum Schützen u. mit Spange, mod. Form, gute Fabr. Extra billig 128⁰⁰	Braune Damen-Pumps echt Chevr. u. Portall, vor- all. liche Qualität u. Ausföhrung, erstl. Fabrikat. Extra billig 148⁰⁰	Damen-Schnürstiefel mit Lackbesatz, Stoff- oder Lederformen, hochschaff. Extra billig..... 148⁰⁰
Damen-Halbschuhe zum Schützen, braun echt Chevr. u. Portall, mod. kurze Form, gute Fabr. Extra billig 158⁰⁰	Braune Damen-Pumps Chevr. u. Port., mod. Strassen- schuh, Goodgear-Well, gute Qualitätsware. Extra billig 168⁰⁰	Damen-Schnürstiefel braun echt Portall, hochschaff., erstl. Fabrikat. Extra billig 188⁰⁰	Herren-Lackstiefel mit Leder- und Stoffeinsätzen, verschiedene Fabrikate, un- fortiert..... Durchweg 188⁰⁰
Damen-Halbschuhe u. Schützen, braun echt Chevr., mod. kurze Form, vorzügl. Qua- lität, empfehlend. Extra billig 168⁰⁰	Damen-Spangenschuh braun echt Chevr., mod. hohe Form, eleganter Strassenschuh, vorzügl. Qualität. Extra billig 168⁰⁰	Herren-Schnürstiefel Rindb. u. a. Chevr., mit Verba- und Beschäftigung, nicht alle Größen vorrätig. Durchweg 98⁰⁰	Herren-Schnürstiefel braun Portall, vorzügl. Ober- leder-Qualitäten, beste Ausföhr- ung, mod. Formen. Extra billig 228⁰⁰
Damen-Halbschuhe u. Schützen, braun echt Portall, kurze mod. Form, erstl. Fabr., sehr empfehlend. Extra billig 168⁰⁰	Damen-Lackschuhe u. Schützen, schwarz, hohe neue Form, hochlegant, vorzügl. liche Qualität. Extra billig 168⁰⁰	Herren-Schnürstiefel verschiedene Oberlederformen, gute Fabrikate, beste Ausföhrung, unfortiert. Extra billig 128⁰⁰	Herren-Halbschuhe braun Portall, moderne breite Form, erstl. Fabrikat. Extra billig..... 228⁰⁰
Damen-Lack-Pumps eleganter Strassenschuh, eleg. mod. Formen m. hohem Absatz, erstl. Fabrikat. Extra billig 168⁰⁰	Damen-Halbschuhe u. Schützen, braun echt Chevr. u. Port., Goodgear-Well, u. Teile vom Vesen, erstl. Fabrikate 188⁰⁰	Herren-Schnürstiefel verschiedene Oberlederformen, darunter auch Lackleder, gute Fabrikat, unfortiert. Extra billig 148⁰⁰	Herren-Halbschuhe braun Portall, Goodgear-Well, neue hohe Form, hochschaffte, erstl. Fabrikate. Extra billig 248⁰⁰
Damen-Lack-Oxford modern. Lackenschuh, moderne hohe Form, Goodgear-Well, bestes Fabrikat. Extra billig 168⁰⁰	Damen-Lackschuhe u. Schützen u. mit Spange, in höchsten. Ausföhrung, u. Teil mit L.XV. Absatz, neueste Form. 188⁰⁰	Herren-Schnürstiefel echt Portall, auch mit Doppel- sohlen, mod. breite Form, erst- liche, Fabrikate. Extra billig 188⁰⁰	Herren-Schnürstiefel braun Portall u. Chevr., auch m. Doppelsohlen, Goodgear-Well, erstl. Fabrikate. Extra billig 258⁰⁰
Herren-Schnürstiefel schwarz, echt Portall, echt Chevr., Rindb., u. a. Chevr., Verba- oder Beschäftigung, erstl. Fabrikate. Durchweg 148⁰⁰	Herren-Halbschuhe braun Rindb., Portall, mit und ohne Lederriemen, raffige Formen, Original Goodgear-Well, sehr billig 178⁰⁰	Herren-Schnürstiefel braun echt Portall u. Rind- bog, echt gebleicht, mo- derne Formen, allerbeste Fabrikate. Extra billig 188⁰⁰	Herren-Lackschuhe zum Schützen, elegante Strassenschuh, Original Goodgear-Well, unforti- ring. Extra billig 198⁰⁰



BEACHTEN SIE
UNSERE
SCHAUFENSTER

Kinderstiefel sind ebenfalls ganz gewaltig herabgesetzt, jedoch ist es uns wegen Raum- mangels nicht möglich, diese Artikel im Inserat besonders zu erwähnen.

Unglaublich billig

Beweisaufnahme im U-Boot-Prozess.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt. Der Kanaloffizier Popitz, Steuermann auf U 86, sagt weiter aus: Aus der Explosion auf der „Mandover Castle“ könne nicht geschlossen werden, daß Munition auf dem Schiffe war, denn die Explosion könne auch vom Plagen des Kessels herrühren. Der Zeuge hat es für möglich gehalten, daß vom U-Boot aus auf die Rettungsboote geschossen worden ist, weil sonst niemand in der Nähe war, auf den hätte geschossen werden können.

U-Boot-Obermatrose Tegtmeyer hat die Ansprache des Kapitänsleutnants Bahig mit angehört, kann sich aber auf Einzelheiten nicht mehr besinnen. Er hat die Schiffe des U-Bootes vernommen, sich aber nicht darum gekümmert und weiß deshalb nicht, ob auf Rettungsboote geschossen worden ist.

Obermaschinenmaat Neg-Swinemünde war zweiter Maschinist auf U 86. Er schildert die Ereignisse am 27. Juni, wie er sie im Maschinenraum erfahren hat. Er hatte von der Explosion auf dem Hospitalschiff den Eindruck, daß sie von Munition herrührte. Später kam er auf Deck und sah im Wasser schwimmende Leute, die aber wegen Raum mangels auf dem U-Boot nicht gerettet werden konnten. Der Zeuge hat sich dann schlafen gelegt, ist aber durch Geschützfeuer geweckt worden.

Früher hat der Zeuge ausgesagt, die Rettungsboote seien durch Geschützfeuer vernichtet worden. Heute erinnert er sich nicht mehr daran. Dem Zeugen werden seine früheren Aussagen vorgehalten. Er hat damals unter anderm gesagt, in der vorhergehenden Nacht sei ein Hospitalschiff unbeanstandet geblieben, nachträglich habe man aber gehört, daß Flieger auf dem Schiff gewesen seien. Neg hat damals ferner betundet, daß der

Kommandant mit den Offizieren allein auf Deck

geblieben sei, und es sei dann das Geschützfeuer eröffnet worden. Heute gibt der Zeuge noch an, die Offiziere hätten sich nur ausnahmsweise an der Bedienung der Geschütze beteiligt. Der Zeuge erzählt weiter, daß der Kommandant am andern Morgen erklärt habe, was er getan habe, habe er nur

zum Wohle des Vaterlandes

getan und werde es vor Gott und seinem Gewissen verantworten. Kapitänleutnant Bahig habe dann gebeten, über den Vorfall nichts zu sagen. Als einige Zeit später das U-Boot auf eine Mine geraten sei, war davon die Rede, daß dies

die Strafe Gottes

für die Versenkung der „A. C.“ und die Beschädigung der Rettungsboote sei. Der Zeuge hält es für auffällig, daß während des Schießens der Kommandant mit den beiden Angeklagten allein auf Deck war. Nach Angabe Negs ist damals später noch der Geschützführer heraufgeholt worden, da einer der Offiziere sich an der Hand verletzt haben sollte.

Obermaschinenmaat Brod-Swinemünde gehörte ebenfalls zur Besatzung des U-Bootes 86. Er hat auf Befehl des Kommandanten Bahig den Torpedo auf die „A. C.“ abgefeuert. Brod bestand sich im Bugraum und hat das spätere Geschützfeuer nicht gehört.

Oberleutnant zur See Knoche, der leitender Ingenieur auf U 86 war, gibt an, das Lazarettsschiff sei torpediert worden, weil Kapitänleutnant Bahig sich dahin äußerte, daß das Schiff

Munition und Truppen an Bord

hätte. Er hat angenommen, daß die abgegebenen Schüsse auf die Rettungsboote gerichtet waren, weil diese vielleicht sich widerständig gezeigt hätten. Daß am anderen Tage auf dem U-Boot eine gedrückte Stimmung herrschte, gibt der Zeuge zu. Er hat damals zum Kommandanten Bahig gesagt, er würde das Schiff nicht torpediert haben. Bahig habe darauf erwidert, er würde das auch nicht zum zweiten Male tun.

Mechaniker Käß aus Kronberg bei Stuttgart ist der Ansicht, daß der Geschützführer Reizner während des Geschützfeuers an Deck gewesen sein müsse.

Korvettenkapitän Soalwächter äußert sich hierauf gutachtlend über die Kommandoführung an Bord der U-Boote. Die Frage der Lazarettsschiffe sei während des Krieges mehrfach erörtert worden. Durch Befangene habe man erfahren, daß sie auf Lazarettsschiffen transportiert worden waren, die Munition mitgeführt hätten. Es war deshalb allgemein mit der Annahme zu rechnen, daß mit den Lazarettsschiffen die U-Boote getrieben würde. Gerade im Jahre 1918 waren die Nachrichten über mißbräuchliche Benutzung der Lazarettsschiffe besonders zahlreich. Daher wurden unter Umständen solche Schiffe versenkt. Daß die „A. C.“ ihre Eigenschaft als Lazarettsschiff mißbraucht habe, könne aus der bis-

herigen Beweisaufnahme nicht gefolgert werden. Kapitänleutnant Bahig wußte offenbar, daß die Versenkung der „A. C.“ nicht gerechtfertigt war. Bahig konnte fürchten, daß durch die ungerechtfertigte Versenkung der Regierung Unannehmlichkeiten entstehen. Daher hat er wohl den Wunsch gehabt, daß über die Sache nichts bekannt würde. Zweifelloso hat Bahig in einem inneren Konflikt

gestanden. Daß von U 86 geschossen worden ist, und zwar mit dem Achtergeschütz, ist für die Sachverständigen zweifellos. Es ist nicht unmöglich, daß die Schiffe abgegeben wurden, weil man ein feindliches Fahrzeug vor sich zu haben glaubte.

Auf eine Frage des Oberstaatsanwalts erklärt der Sachverständige, der Kommandant des U 86 habe kaum damit rechnen können, daß er alle Zeugen der Versenkung durch die Beschädigung der Rettungsboote beseitigen könnte, da er mit einer großen Zahl von Rettungsbooten rechnen mußte und die Dunkelheit ihn verhinderte, alle zu erreichen.

Es folgt die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen.

Die Zeugen Bruhn-Hamburg und Koch-Leipzig, die auf U-Booten tätig waren, schildern ihre Erlebnisse mit sogenannten U-Boot-Fallen, wozu auch der Sachverständige noch das Wort nimmt.

Handlungsgehilfe Gustav Meyer-Hannover hat, als er sich in Toulon in Gefangenschaft befand, gesehen, wie ein französisches Lazarettsschiff mit Flugzeugen, Truppen und Maschinengewehren für Saloniki beladen wurde. Auch die „Mandover Castle“ sei einmal in Toulon gewesen. Der Zeuge kann aber nicht sagen, ob sie bewaffnet war.

Kapitänleutnant Crompton aus Wexen an der Mosel war Kommandant des U-Bootes C. 41, das

von einer englischen U-Boot-Falle versenkt

wurde. Er wurde dabei schwer verwundet, suchte sich dem Dampfer schwimmend zu nähern und gab zu erkennen, daß er sich gefangen geben wollte. Er wurde jedoch von der Besatzung des Dampfers mit höhnischen Worten überschüttet, und es wurde mit einem Brett nach ihm geschlagen. Er erreichte später schwimmend ein leer liegendes Boot, auf das er sich ebenso wie sein Steuermann rettete. Der Dampfer kam später mit großer Geschwindigkeit auf das Boot los und suchte es zweifellos zu rammen. Die beiden Deutschen sprangen ins Wasser und retteten sich dadurch. Der Dampfer kehrte dann um und nahm sie schließlich an Bord. Ende 1916 wurde er aus der englischen Gefangenschaft auf der „Mandover Castle“ zur Internierung in der Schweiz nach Europa gebracht. Als er auf das Schiff kam, habe er bemerkt, daß eine geschlossene Abteilung Soldaten in Khakiuniform sich einschiffte.

Doktor Bennemann aus Hamburg war 1916/17 in englischer Gefangenschaft in Mazedonien. Auch er hat beobachtet, daß Hospitalschiffe Munition und Truppen besörderten.

Zeuge Godan, Zolbetriebsassistent aus Eschfelden, Kreis Heinsberg, Steuermann auf U. C. 41, bestätigt die Angaben des Kapitänleutnants Crompton. Dieser teilt noch mit, daß der englische Dampfer, von dem sein U-Boot versenkt wurde, die Baralong war, was jedoch erst später festgestellt wurde. Damals hatte das Schiff seinen Namen verdeckt und fuhr unter amerikanischer Flagge. Den Leuten der Baralong wurden Kopfgelder für die Versenkung des U-Bootes C. 41 versprochen.

Hauptmann Gustav Schmidt-Berlin hat, als er als Gefangener über den Indischen Ozean transportiert wurde, unterwegs ein sehr nahe vorüberkommendes englisches Hospitalschiff gesehen, an dessen Bord sich zahlreiche Truppen, aber anscheinend keine Verwundeten befanden. Ein Offizier des Schiffes, auf dem Schmidt sich befand, hat dem Zeugen dies später mit dem Bemerkten bestätigt, daß die Hospitalschiffe im Indischen Ozean von U-Booten ja nicht belästigt würden.

Um 4 Uhr nachmittags wird die Weiterverhandlung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Verbrecher Krieg.

Paris, 13. Juli. (W.T.B.) Im Anschluß an seine Enthüllungen über den Befehl des französischen Generals Martin de Bouillon, keine deutschen Kriegsgefangenen zu machen, veröffentlicht Gouttenoire de Loury in der „Humanité“ den Brief eines Dr. Koehlin aus Paris, in dem dieser folgendes mitteilt: Die 10. Division Marchand habe sich ganz besonders dadurch aus-

gezeichnet, daß sie wenig Kriegsgefangene gemacht habe, und darunter besonders das 52. Kolonialregiment, dessen Oberst Pettidemange besonders wild gewesen sei. Er habe den formellen Befehl gegeben, weder deutsche Verwundete noch Gefangene einzubringen. Der Unterleutnant Morin, zu dessen Zeugnis er vollkommenes Vertrauen habe, habe ihm bestätigt, daß er sogar der Niederwerfung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Verwundeten, Ärzten und Krankenwärtern, beigewohnt habe. Dr. Koehlin erklärt, Oberst Pettidemange habe selbst in Grand Fresnoy im Departement Oise sich im November 1915 seiner Toten gerührt. Dr. Koehlin bezeichnet drei Divisionen, die während der Champagne-Schlacht kaum Gefangene eingebracht hätten, während sie bei anderen Divisionen zu Tausenden gemacht wurden. Diese drei Divisionen seien die 10., die 15. und die marokkanische Division. Er spricht auch von deutschen Verwundeten und zwar von etwa hundert, die bis nach Suippes gekommen seien und die man dort vier Tage absichtlich ohne Hilfe, Nahrung, Wasser und Unterstand gelassen habe, bis er sich ihrer angenommen habe.

Aus der Partei.

Jungsozialismus.

Die jungsozialistischen Gruppen der Partei halten am 29. Juli 1921 in Bielefeld ihren ersten Vertretertag ab. Zur Vorbereitung dieser Tagung hat der Zentralbildungsausschuss eine Festschrift herausgegeben, die die wichtigsten Fragen jungsozialistischen Willens nach den verschiedensten Seiten hin erörtert. Die Schrift enthält Beiträge von Müller-Augsburg, Radbruch-Kiel, Schult-Hamburg, Rathmann-Kiel, Keller, Reife, Wegner, Fränkel-Berlin, Haase, Dahrendorf-Hamburg, Klara-Blas-Breslau, Bach-Stuttgart. Die bisherigen Entschlüsse der Partei sowie jungsozialistischen Tagungen zu dieser Frage, einige Feuilletons und Gedichte vervollständigen den reichen Inhalt des auch äußerlich sehr gut ausgestatteten Heftes. Die Schrift kostet pro Exemplar 2 M. und ist gegen Voreinsendung des Betrages oder als Nachnahmeendung durch den Zentralbildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (R. Weimann), Berlin SW. 68, zu beziehen.

Aus aller Welt.

Bombenanschläge in Braunschweig.

Nach der „Landeszeitung“ ist in der vergangenen Nacht die Ostseite des Hauses des Gerichtsschreibers Dr. Rehling in der Bismarck-Straße mit dem im Erdgeschoß gelegenen Laboratorium durch eine Bombe fast vollständig zerstört. Ein zweiter Anschlag richtete sich gegen die Garnisonkirche im Stadtpart. Es wurde nur ein geringer Schaden verursacht. Ein Schutzpolizeibeamter wurde in der vergangenen Nacht von 5 Männern im Prinzenpark angefallen und übermäßig. Er wurde in hilflosem Zustande aufgefunden und liegt bestunntlos im Krankenhaus.

Es bleibt abzuwarten, ob sich noch herausstellen wird, daß das Lockspielattentat ein, um der sozialistischen Braunschweiger Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Deutsche Kinder in Dänemark. Am Dienstagfrüh traf in Kopenhagen ein neuer Transport von 300 deutschen Kindern zum dreimonatigen Erholungsaufenthalt ein. Die Kinder wurden vom dänischen Komitee für deutsche Kinderfürsorge empfangen.

Dunkles Verbrechen. Der ehemalige Gemeindevorstand Bräun er wurde Mittwoch nacht in seiner Wohnung in Horlmansdorf bei Kirchberg erschossen aufgefunden. Man vermutet einen Mord, Einzelheiten fehlen noch.

Raubüberfall eines französischen Soldaten. Aus Duisburg wird gemeldet: Dienstag abend zwischen 11 und 12 Uhr wurde an einer Eisenbahnunterführung einem hiesigen Bürger von einem französischen Soldaten der Paß abverlangt. Als dies geschehen war, forderte der Soldat Geld, und als ihm das verweigert wurde, schlug er den Bürger mit dem Seitengewehr nieder, trat ihn mit Füßen und raubte ihm seine Brieftasche mit 2000 M. Inhalt. Dem Soldaten wurde im Handgemenge eine Schnur entzissen, die der Befahungsbehörde eingesandt wurde.

Unrecht Out. Eine Gruppe von französischen Abgeordneten, Senatoren und Generalen sollte eine Fahrt in dem früheren deutschen Luftschiff „Nordstern“ unternehmen. Als das Luftschiff die Halle verließ, wurde es jedoch von einem heftigen Wind gegen die Halle geschleudert und stark beschädigt.

Cholera in Rußland. Russische Flüchtlinge in Konstantinopel berichten, daß im ganzen Dongebiet Cholera herrscht. In Kioff allein sterben täglich 400—500 Menschen.

Zum
Saison-Ausverkauf

Bar Vergütung

20% auf
Einzel-
Perücken.
Raffiniertheit.

30% auf
Zinn-
geschloß.
Zufuhrwaren.

10% auf
völlig
neue
und
braun
Zufuhrwaren.



Tack & Cie AG.

Burg
b. Magdeburg

SV, Friedrichstr. 246/41
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Bernauer Strasse 29
NW, Tarnstrasse 41

NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstrasse 37
N, Damsiger Strasse 1
N, Friedrichstrasse 130
N, Kellnerstrasse 3

O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15

C, Rosenthaler Str. 14
Neukölln, Bergstr. 30/31
Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Str. 122/23/Potsdam-
Brandenburger Strasse 54

Ausnahmezustand aufgehoben.

Magdeburg, 13. Juli (Z.N.). Die Aufhebung des Ausnahmezustandes über die Provinz Sachsen wurde gestern durch den Polizeipräsidenten amtlich bekanntgegeben. Ausgenommen bleiben die Kreise Bitterfeld, Eisleben, Halle, Mansfelder Gebirgs- und Seefreis, Merseburg, Querfurt, Saale-Arres und Weißenfels, also das eigentliche Gebiet des letzten Aufstandes.

Die Reichsaufsicht über Landesbehörden.

Man schreibt uns: Sachgeheimrat bestand im alten Reichstage die Praxis, sich um Angelegenheiten der Landesgesetzgebung nicht zu kümmern. Landstände von Petitionen wanderten den Leidensweg, der durch die Formel: „Ungeeignet zur Erörterung im Plenum“ gekennzeichnet ist. Man ging über die zur Tagesordnung über, weil sie als der landesstaatlichen Regelung unterliegend betrachtet wurden. Die Petenten hatten sich an den Reichstag gerade im Vertrauen auf seine parlamentarische Oberhoheit gewandt und wußten genau, daß sie bei dem landesstaatlichen Parlament, insbesondere vom damaligen preußischen Dreiklassenhaus, eine Anerkennung nicht zu erwarten hatten. Während des Krieges haben unsere Genossen im Petitionsausschuß des Reichstags die alte ausgeübte Bahn verlassen und Beschlüsse durchgesetzt, daß unter Umständen auch Landessachen im Reichstage behandelt werden müssen. Das geschah zum erstenmal im Oktober 1916 bei der Petition eines Lehrers, der vor 24 Jahren unberechtigt aus dem Amte entlassen worden war und seitdem bei den Landesschulbehörden vergebens um sein Recht gekämpft hatte. Das Plenum beschloß, den Reichsanzwiler zu ersuchen, bei der preußischen Regierung eine Nachprüfung der materiellen Forderungen des Petenten zu veranlassen.

Die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung hat die neue Praxis unter dem Einfluß unserer Genossen fortgesetzt. Leider ist dann aber im neuen Reichstag mit seiner neuen Gruppierung wieder ein Umschwung zum Schlechten eingetreten. So wurde kürzlich über die Petition eines Gerichtsassessors um Wiedereinstellung in den Staatsdienst, „weil Landesangelegenheit“, zur Tagesordnung übergegangen, obwohl allgemein die Ansicht bestand, daß dem ungerecht behandelten Manne Geholfen werden müsse. Der Landtag hatte aber schon früher auf Grund zweifelhafter Berichte der Regierungsvertreter und ohne genügende Kontrolle der Originalakten die Wiedereinstellung in das Amt abgelehnt!

In Artikel 15 der Reichsverfassung ist die Zuständigkeit der Reichsaufsicht über landesgesetzliche Angelegenheiten verankert. Es wäre wünschenswert, daß der Reichstag hieron weitestgehenden Gebrauch macht, wenn Gefahr besteht, daß der jeweils zuständige einzelstaatliche Landtag zu Beschlüssen kommt, die der Sachnotwendigkeit nicht entsprechen.

Die Tätigkeit des Heimatdienstes.

In der Sitzung des Reichstags vom 4. Juli 1921 hat der Abgeordnete Dr. Greiner (D. Sp.) die Behauptung aufgestellt, daß von 35 000 Mitgliedern der Reichszentrale für Heimatdienst allein 27 000 zur Sozialdemokratischen Partei gehören. Demgegenüber wird von B.Z. festgestellt, daß mit der Bezeichnung Mitglieder nur die ehrenamtlich im Heimatdienst arbeitenden Vertrauensleute gemeint sein können. Es gehören von einer Gesamtzahl von 30 892 ehrenamtlichen Vertrauensleuten 20 221 den bürgerlichen und 10 671 den sozialdemokratischen Parteien an. Anlässlich der Erörterungen, die sich an die Etatsbewilligung für die Reichszentrale für Heimatdienst geknüpft haben, wird Wert darauf gelegt festzustellen, daß die Reichszentrale für Heimatdienst ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet mit dem Inkrafttreten des Friedens von Versailles völlig eingestellt hat. Seit dieser Zeit gibt es weder Angehörige noch ehrenamtliche Mitarbeiter der Reichszentrale für Heimatdienst im besetzten Gebiet. Es werden keinerlei Fragen des besetzten Gebietes durch irgendwelche Organe der Reichszentrale für Heimatdienst bearbeitet.

Spionageprozeß vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 13. Juli. (B.Z.) Das Reichsgericht beschloß heute die letzten drei Tage mit einem großen Spionageprozeß. Leiter des Unternehmens war der aus Holland stammende Kaufmann Michel Jongerius aus Aachen; eine besondere Rolle spielte auch der frühere Reichswachtmeister Bösel aus Breslau. Das Reichsgericht sprach zwei Angeklagte frei und verurteilte fünf Angeklagte nach dem Spionagegesetz, nämlich Jongerius zu 5, Bösel zu 3 Jahren Zuchthaus, den Hilfsmonieur Johannes Wille-Berlin und die Kellnerin Erna Gläfer-Berlin zu je 2½ Jahren Gefängnis, den Kaufmann Alfons v. Riet-Aachen zu 2 Jahren Gefängnis, endlich wegen Unterschlagung den früheren Wirtsfeldwebel Oskar Riehmann-Berlin zu 3 Monaten Gefängnis.

Unterstützung der Siedlungstätigkeit.

Aus dem Reichsarchitektenministerium wird uns geschrieben: Um einen Anreiz zum Bauen zu geben, ist durch den neuen § 59 des Einkommensteuergesetzes (Novelle vom 24. März 1921 — Reichsgesetzblatt Seite 313 —) vorgesehen, daß Mittel, die für Kleinwohnungsbauten verwendet werden, unter bestimmten Voraussetzungen vom steuerbaren Einkommen abgesetzt werden können; nämlich einmal Mittel, die der Bauherr selbst verwendet, außerdem aber auch Zuwendungen an gemeinnützige Vereine und Gesellschaften zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Diese Verordnung gilt neuerdings auch für Zuwendungen, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 an Länder, inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen zum Zwecke der Förderung des Kleinwohnungsbaues gemacht werden. Sie befreit außerdem derartige Zuwendungen von der Erbschaft- und Schenkungssteuer.

Der Siedlungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit dem demokratischen Antrag auf Erhöhung der staatlichen Zinsenkredite zur Ermöglichung einer großzügigen Siedlungstätigkeit und mit der Vorlage auf Bewilligung von 300 Millionen Mark neue Siedlungskredite, die von der Regierung der vorerwähnten Regierung entsprechend eingebracht worden war. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die staatlichen Siedlungskredite über die Regierungsvorlage hinaus noch wesentlich zu erhöhen. Eine abschließende Abänderung der Regierungsvorlage in dieser Hinsicht erschien der Mehrheit des Ausschusses nicht als zweckmäßig, weil dann möglicherweise die Zustimmung des Landtages notwendig und dadurch das Gesetz verzögert werden würde. Der Ausschuß stimmte daher der Regierungsvorlage zu und nahm gleichzeitig eine Entschließung an, welche die Regierung ersucht, dem Landtage alsbald nach seinem Wiederauflammentritt eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Förderung zur Anbahnung weitere Staatsgebiete zur Verfügung gestellt werden.

Geschäfte und Freiheiten.

Im Geschäftsbericht der Gummiwerke „Eise“ A.-G. werden Vergleiche zwischen 1914 und 1920 gezogen. Erläuternd heißt es dazu unter anderem: „Diese Zahlen zeigen deutlich, was die November-Revolution der Deserteure, Zuchtbräuer und anderer Sozialdemokraten dem deutschen Volke kostete!“

Die Gummiwerke „Eise“ haben dabei aber ganz gut verbient. Uns scheint es sehr merkwürdig, daß der Betriebsrat dieses Unternehmens, dem der Jahresbericht nebst Erläuterungen auf Grund des Gesetzes doch auch vorzulegen ist, den für den Text verantwortlichen Herren einmal deutlich Bescheid sagt oder haben die Herren für den Betriebsrat andere „Erläuterungen“ gegeben?

Siebung in der Sowjetmission.

Wie der Ostpreß hört, wird der Leiter der wissenschaftlich-technischen Abteilung der Berliner Sowjetmission Fedorowski, der als Gegner von Kopp gilt, und sich sofort nach der Rückkehr Kopp's nach Moskau begeben hatte, nicht mehr nach Berlin zurückkehren. — Der Menschewistenführer Abramowitsch, der einen Posten in der wissenschaftlich-technischen Abteilung der Berliner Sowjetmission innehatte, hat diesen Posten verlassen müssen. Auch seiner Schwester ist gekündigt worden. — Dem Moskauer „Trud“ zufolge richteten die 200 Angestellten der Sowjetmission in Berlin an das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Sowjetangestellten in Moskau ein Gesuch, die Bildung einer lokalen Gewerkschaftsorganisation der Berliner Sowjetbeamten zu gestatten, offenbar infolge der Behandlung, welche der Betriebsrat der Sowjetvertretung gefunden hatte! Das Zentralkomitee hat die Genehmigung erteilt. Der Anschluß der deutschen Mitarbeiter der Mission soll nicht obligatorisch sein. Kürzlich hatten sämtliche Mitarbeiter der Berliner Sowjetmission einen umfangreichen Fragebogen über ihre Personalien auszufüllen. U. a. mußten sie auch genaueste ihre parteipolitische Zugehörigkeit vor und während der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und die Namen und Wohnorte ihrer sämtlichen Familienangehörigen angeben.

Ungarische Pressfreiheit.

Horthy-Ungarn geht daran, die Zensur durch ein neues Pressegesetz zu ersetzen. Es ist danach:

Verantwortlich gemacht wird außer dem Redakteur und dem Verfasser der Verleger und der Drucker, einer immer, wenn der Vorgänger nicht gepakt werden kann. Selbst wenn eine strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht vorliegt, kann wegen Verstoßens der pflichtgemäßen Obliegenheit bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 40 000 Kronen verurteilt werden. Wird einer wegen Verstoßens oder Verstoßens verurteilt, so kann ihm jede weitere Betätigung in der Presse verboten werden; die Zeitung muß das an der Spitze abdrucken; Strafe für Umgehung: bis zu drei Jahren und bis zu 50 000 Kronen. Bei einer Verurteilung kann dem Blatt der Verkauf und das Erscheinen, selbst die Gratisverteilung verboten werden. Die Untersuchung muß in acht Tagen abgeschlossen sein, gegen die Anklageerhebung gibt es kein Rechtsmittel. Wird die Tätigkeit eines Blattes als den inneren Frieden, die äußere Staatssicherheit oder die öffentliche Moral gefährdend „erkannt“, so gibt es Verbot bis zu fünf Jahren, Verbreitungsverbot bis zu drei Jahren, Schadenersatzverurteilung durch das „oberste Preßgericht“ und Erscheinungsverbot bis zur Ewigkeit.

Gegen dieses Schandgesetz lehnt sich nicht nur die noch geduldet Presse auf, sondern es soll auch in der Regierungskoalition Widerstand finden.

Ausweisung einer Kommunistin. Eine Ausländerin namens Elise Friedländer, die unter dem Namen Ruth Fischer in der Berliner kommunistischen Bewegung tätig war, ist gestern nach einer Betriebsversammlung der A.G.S. Turbine verhaftet worden und soll ausgewiesen werden. — Es gibt heute wohl kein Land, das ausländische Kommunisten nicht ausweist, und umgekehrt läßt Sowjet-Rußland antikomunistischer Gesinnung verdächtige Ausländer gar nicht erst herein. Wir meinen trotzdem, daß der Ruhm für Deutschland größer wäre, wenn es sich als ein Ausnahmeland der Freiheit erweise, als der Schaden ist, den Ruth Fischer mit ihrer Agitation anrichten kann.

Die Leitung der Deutsch-Hannoverschen Partei hat an den Reichsminister des Innern Grödnauer ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, daß sie nicht in der Lage ist, eine Verzichtserklärung hinsichtlich der Herbeiführung von Abstimmungen über Abtretung größerer Gebiete von einzelnen Ländern für mindestens ein Jahr zu unterlassen. Sie werde jedoch eine Abstimmung in Hannover solange nicht herbeiführen, bis die Entscheidung über Obereschlesien getroffen sei. Nach Erledigung der obereschlesischen Frage verlange sie die sofortige Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 18 der Reichsverfassung und die Erklärung der Reichsregierung, daß der verfassungsmäßig gewährleisteten Abstimmung im Lande Hannover nichts mehr im Wege stehe. Das Schreiben ist von dem Reichstagsmitglied Graf Bernstorff unterzeichnet.

Das Ende einer überflüssigen Partei. Die im Oktober 1920 gegründete „Sozialistische Wirtschaftspartei“, deren Ziel angeblich „praktischer Sozialismus durch Schaffung proletarischen Kapitals“ war, ist, wie die „Dena“ erklärt, aufgelöst worden. Streikteilnehmer unter den führenden Mitgliedern sowie die Ausfallslosigkeit des ganzen Unternehmens haben zum Zusammenbruch der Partei geführt, von deren Wirken die Öffentlichkeit im übrigen so gut wie nichts verfuhr hat. Das Parteiorgan „Die Neue Presse“ ist gleichfalls eines seligen Todes gestorben.

Die Arbeit der preussischen Pachteinigungsämter. Bei den insgesamt 1007 preussischen Pachteinigungsämtern sind im Jahre 1920 41 793 Pachtschuldsachen anhängig gewesen. Davon sind durch Vergleich 10 006, durch Beschluß 11 880 und auf andere Weise 9579 erledigt worden. Unerledigt waren am Jahresende 10 327 Pachtschuldsachen. Die Pachtschuldsachen sind bekanntlich am 30. Juli 1920 in Kraft getreten.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen haben in der Options-, der Dampfrage und in der Frage der Regelung der Wasser- und Deichverhältnisse an der Grenze zu einer Einigung geführt. Ferner ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Vermögensauseinandersetzung öffentlich-rechtlicher Verbände endgültig regeln soll. Ebenso ist ein Abkommen betr. die Sicherstellung des Grenzverkehrs, ferner ein Abkommen betr. Übergabe der Katasterunterlagen sowie je ein Abkommen über die Auseinandersetzung der Post-, der Telegraphen- und Fernsprecherhältnisse abgeschlossen worden.

Kemal droht. Nach einer Erheben-Meldung aus Konstantinopel fand der Befehlshaber der nationalistischen Truppen Kemal in der Türkei die türkische Regierung in Konstantinopel eine Note zur Übermittlung an die Alliierten, in der es heißt, er werde sich genötigt sehen, die Konstantinopel-Neutralitätszone nicht länger zu respektieren, wenn die Griechen fortfahren würden, Konstantinopel als Stützpunkt zu benutzen.

Die Zusammenkunft der portugiesischen Kammer. Die Habas-agentur meldet aus Lissabon die Zusammenkunft der neuen portugiesischen Kammer. Hiernach haben im Parlament die Anhänger der Regierung 65, die Demokraten 57, die Monarchisten 5 und die Katholiken 2 Sitze. Außerdem sind in der Kammer noch fünf andere Gruppen. Das Parlament wird Anfang August zusammentreten.

Wirtschaft

Stinnes in Böhmen?

Die „Dena“ verbreitet nachstehende Meldung aus Prag: Die Generaldirektion der Witkowiher Eisenwerke (in Böhmen) erklärte die Nachrichten über Verhandlungen des Stinnes-Konzerns bezüglich Ankaufs der Werke für unzutreffend. Aus Kreisen der Verwaltung werden die betreffenden Gerüchte darauf zurückgeführt, daß Stinnes in Karlsbad vor einiger Zeit eine zufällige Begegnung mit Direktor Gutmann hatte.

Der Eifer, mit dem die Witkowiher Verwaltung eine plausible Erklärung der Gerüchte sucht, erscheint etwas merkwürdig. Freilich treffen sich in Karlsbad die Kapitalisten der ganzen Welt, um die üblen Folgen einer Uebererwärmung dort zu mildern. Und es ist ferner nicht zu leugnen, daß eifrige Schmöcker aus einer „zufälligen Begegnung“ zweier prominenter Persönlichkeiten gern allerlei gewagte Schlüsse ziehen. Daß aber Stinnes und Gutmann sofort bei einer Begegnung von einem fundigen Thebaner ertroppt werden, der prompt daraus auf Verkaufsverhandlungen schloß und ohne weiteres für seine Kombinationen ein gläubiges Publikum fand, ist doch höchst sonderbar und auffallend.

Ein Beitrag zur Förderung ernährungswissenschaftlicher Forschungsaktivität, der aus Vertretern der einschlägigen Wissenschaften besteht, wurde dem Reichsernährungsministerium angegliedert. Er hat die Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, um neue Nährstoffquellen zu erschließen, die sich zur Verfügung stehenden Rohstoffe vorteilhafter als bisher auszunutzen und die Verarbeitung der Rohstoffe auf Lebensmittel sowie deren Zubereitung möglichst zweckmäßig zu gestalten. Zunächst soll die Brotfrage erörtert werden, im Zusammenhang damit die Frage der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung, insbesondere im Hinblick auf die Düngung mit Phosphor. Ferner soll die Deckung des Fettbedarfs durch wissenschaftliche Untersuchungen über die Verwendung von Fettsäuren, die auf chemischem Wege aus Rohlenwasserstoffen gewonnen werden, sowie über die Kultur der Sojabohne und der Erdnuss gefördert werden. Auch auf dem Gebiete der Erparnis bisher unwirtschaftlich verwerteter Rohstoffe ist eine Reihe von Aufgaben zu lösen, denen sich die Kommission sofort zuwenden wird.

Rückgang der Sparlokalitäten. Zum ersten Male seit längerer Zeit weisen die Sparlokalitäten im Mai einen Rückgang auf. Sie haben um 200 Millionen Mark abgenommen, während im zweiten Halbjahr des Vorjahres noch ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen war. Wenn der Rückgang der Sparlokalitäten mit der Annahme des Ultimatums begründet wird, so liegt doch die Vermutung nahe, daß die Masse der Sporer nun auch einmal zur Beschaffung von Waren des täglichen Bedarfs schreiten mußte, deren Ertrag infolge der hohen Preise früher immer hinausgeschoben wurde. A. B. Velleidungsfälle. Dafür spricht unter anderem auch der starke Rückgang der Ausverkäufe. Des weiteren trägt auch die Arbeitslosigkeit und die anhaltende Kurzarbeit dazu bei, daß mancher auf seine letzten ersparten Groschen zurückgreifen muß. In den ersten fünf Monaten des letzten drei Jahre betrug nach der Zeitschrift „Sparasse“ die Summe (—) der Sparlokalitäten bei den gesamten deutschen Sparlokalitäten:

	1921	1920	1919
	Mill. Mark	Mill. Mark	Mill. Mark
Januar	+ 1600	— 110	+ 1250
Februar	+ 400	— 800	+ 800
März	+ 800	+ 50	+ 400
April	+ 50	+ 1000	+ 700
Mai	+ 200	+ 1100	+ 100
zusammen	+ 2650	+ 1740	+ 3250

An der Statistik beteiligten sich diesmal 261 Sparlokalitäten mit einem Einlagenbestande von zusammen 17 684 Millionen Mark.

Zunahme der Konturfe. Neben dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist auch die Zahl der Konturfe ein untrüglicher Gradmesser für die Beurteilung der Wirtschafts- und Geschäftslage. Es ist ohne weiteres klar, daß hier Wechselwirkungen bestehen, die in der Natur der Sache begründet sind. Bei der enormen Arbeitslosigkeit kann es auch nicht Wunder nehmen, daß die Zahl der Konturfe im letzten Nachhine begriffen ist. Sie stieg von 267 im April auf 284 im Mai und 320 im Juni d. J. Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ wurden im ersten Halbjahr insgesamt 1610 Konturfe eröffnet gegenüber 455 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Wenn das Blatt hervorhebt, daß diese Zahl hinter den Ziffern der Vorkriegszeit immer noch ganz erheblich zurückbleibt, so darf hier nicht übersehen werden, daß die blassen Gewinnsätze der Kriegszeit fast allen Geschäften über eine ganze Reihe magerer Monate und Jahre hinweggehen konnten.

Keine Preisberaterung für Jähndölzer. Der Verein der Deutschen Jähndölzfabrikanten hat in seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 7. Juli d. J. in Berlin einstimmig beschlossen, bei Aufhebung der Höchstpreise für Jähndölzer die bisherigen Preise beizubehalten. — Wenn es darauf ankommt, den praktischen Beweis für die oft wiederholte Behauptung zu erbringen, daß amtliche Preisfestsetzung nur preisvertuernd wirkt, zeigen die Interessenten wenig Eile, von der gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Arbeiter gegen das Branntweinmonopolgesetz. Wie aus verschiedenen westfälischen Städten gemeldet wird, haben sich dort auch Arbeitnehmer — Angestellte und Arbeiter — gegen die im Branntweinmonopolgesetz vorgesehene Selbstfabrikation der Monopolverwaltung entschieden ausgesprochen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Reich alle durch das Spiritumopol möglichen Einnahmen erzielen kann, ohne daß dadurch 40 000 im Spirituosen-gewerbe beschäftigte Personen brautlos würden. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Entschädigungszahlungen, Erwerbslosen- und Armenunterstützungen die zu erwartenden Steuerbeträge um ein Vielfaches übersteigen werden.

Das neue Loth im Westen. Nach einer „F. F. A.“-Meldung aus Coblenz hat die erneute Definition der Westgrenze eine förmliche Ueberflutung des besetzten Gebietes mit ausländischen Waren zur Folge, woran leider auch deutsche Firmen beteiligt sind. Neuerdings scheint die Einfuhr ausländischer Automobile, Motorräder und Bereifungen einen bedenklichen Umfang anzunehmen, wofür von der Besatzungsbehörde in erheblichem Umfang Einfuhrbewilligungen erteilt worden sind.

Diesen Bewilligungen haben die deutschen Behörden mit allen Mitteln, aber ohne Erfolg widersprochen. Natürlich muß diese Einfuhr auf den Rückgang der Automobilindustrie im besetzten Gebiet geradezu lähmend wirken.

Die Riesengewinne der Viehhändler. Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages beschäftigte sich neuerdings mit den Riesengewinnen der Viehhändler, die von der Regierung abermals als auf ethischem Wege gemacht erklärt wurden. Von den Parteilosen wurde behauptet, daß unter gezieltem Schutz so große Gewinne möglich sind in einer Zeit, in der das ganze Volk in größter Verdrängnis ist. Ein angemessener Antrag fordert schärfste Heranziehung dieser Gewinne zur Besteuerung und Nahrungsmittelverbilligung.

Die gestiegenen Brotpreise in Wien. Ein Untersuchungsausschuß des österreichischen Nationalrates beriet kürzlich über die Vorlage betreffend die Stoffelung des Brotpreises. Es wurde beschlossen, drei Preisstufen festzusetzen. Den niedrigen Preis sollen Personen, deren Einkommen 15 000 Kronen monatlich nicht übersteigt, bezahlen, einen Mittelpreis Familien mit Einkommen bis 400 000 Kronen, und schließlich sollen die höheren Einkommen den Selbstkostenpreis des Brotes bezahlen. Bezüglich der von der Industrie für die Angehörigen zu leistenden Zuschüsse werden keine Unter-nemer, die nicht mehr als zehn Angestellte haben, von der Brotpreis-zulage befreit sein.

Nicht-Dückerische Gewerksvereine und Selbe führen den Kampf gegen die freien Gewerkschaften gemeinsam. Unter

Zum Schluß trat der Ministerpräsident warm für die Institution der Arbeitsgemeinschaften nach deutschem Muster ein. Der Vertreter der Gewerkschaften Wiegand betonte die Berechtigung

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Veizer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin. Verlag: Nordström-Berling & m. b. H., Berlin. Druck: Nordström-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. Sendest. f. d. Heftzahl zwei Beilagen und Unirrhinorheum-Beilage „Heimwerk“.

Leiser

Saison- Räumungs-Ausverkauf

Der gewaltige Zuspruch, den unsere Inventur- und Saison-Ausverkäufe genossen, erklärt sich höchst einfach aus der Tatsache, dass unsere Ausverkäufe den Käufern **ganz außergewöhnliche Vorteile** geboten haben. Bei unserem gegenwärtigen Saison-Ausverkauf ist dies in ganz besonderem Masse der Fall. Wir führen **keine Ramschware**, sondern wir bieten **erprobte, vorzügliche Qualitätsware** und verkaufen diese, um unsere Lager zu räumen und um neue Kunden zu werben, **ohne jede Rücksicht auf Verluste rasend billig**

Ausser den üblichen Restposten, Modellen, Einzel-paaren stellen wir zum Ausverkauf volle Sortimente von Damen-Halbschuhen u.-Stiefeln, schwarz, braun und in Modifarben, zum Teil in neuesten Ausführungen und in modernsten Lederarten, meist echt rahmengenäht. Für Herren: Strapazier- und Tourenstiefel in Schwarz und farbig, moderne Halbschuhe, Gesellschaftsstiefel, Haus- und Reiseschuhe.

Nur solange die Vorräte reichen!



Für Knaben, Mädchen und Kinder: Ganz besonders billige, solide, hübsche Stiefel und Halbschuhe, Spangenschuhe, Sandalen, Hausschuhe usw. Die letzte Serie enthält nur früher ganz hochpreisige Luxusware in allerfeinster Qualität. — Damenstrümpfe, Kinderstrümpfe und Herrensocken in ganz besonders billigen Sonderangeboten. Ausverkaufte Grössen können nicht ergänzt werden.

Nur solange die Vorräte reichen!

Unsere Haupt-Preislagen sind eingeteilt in folgende Serien:

69,- 89,- 98,- 119,- 139,- 159,- 179,- 198,- 229,-